ZEITSCHRIFT
DER FRAKTION UND
DER WÄHLERGRUPPE
DIE aNDERE
MAI 2020

DIE aNDERE

Schlimmer Verdacht: Setzte das Bürgerbegehren DAS Virus in die Welt?

Liebe Leser*innen,

mit großer Wahrscheinlichkeit lesen Sie diese Zeilen
nicht in einem Ostseehotel oder in einem schattigen Biergarten.
Doch egal, ob Sie auf Ihrem Balkon die Beine hochgelegt haben oder auf einer Wiese zwischen bewegungsfreudigen Kindern verweilen – Mit dieser Sonder-Ausgabe wollen wir nicht nur unterhalten, sondern auch vielfältige Informationen anbieten.

Unsere Autor*innen haben regionale und internationale Einblicke zusammengetragen, die zeigen, dass die aktuelle Krise nur ein Teil größerer Zusammenhänge ist. Auf den folgenden Seiten können Sie Interessantes aus so unterschiedlichen Bereichen wie Gesundheit, Verkehr, Medienkritik, Klimapolitik oder Verwaltungspraxis lesen.

Natürlich sind das *Bergmann-Klinikum* und der Umgang mit Corona ein großes Thema. Wie geht Potsdam mit den aktuellen Herausforderungen um? Was lief in Italien anders und wie ist die Lage in Griechenland? Können wir bzw. Entscheidungsträger*innen etwas aus der heutigen Lage lernen?

Können wir weiter konsumieren wie bisher? Welche Wirksamkeit haben Zahlen und wie einzigartig ist die aktuelle Pandemie? – In dieser Zeitschriftenausgabe finden Sie unter anderem Anregungen für Ihre persönliche Antwortfindung.

Wir wünschen Ihnen eine angenehme Lektüre – ob in einer Homeoffice-Pause oder in der S-Bahn mit Behelfsmaske.

Potsdam – Mai 2020

Annegret Pannier

Inhalt

Aus der Fraktion

04 **Das Fraktionsbüro in Zeiten von Corona**

Städtische Betriebe

08 **Faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen in der Klinikgruppe „Ernst von Bergmann“**

Realität & Interpretation

11 **Corona-Management: Fragen und Zahlen**

15 **Aufklärung, Solidarität und Humanismus**

International

19 **Der Ausbruch der Corona-Krise**
Ein Bericht aus Italien

22 **Der schwedische Sonderweg – der bessere Weg?**

24 **#LeaveNoOneBehind!**
Jetzt die Corona-Katastrophe an den Außengrenzen verhindern, geflüchtete Kinder und Jugendliche von den griechischen Inseln evakuieren!

Gesellschaft

28 **Kritischer Journalismus in der Krise**

30 **Von Tulpen und Bieren**
Über Austrocknung, Nachbarschaften und Privatgärten

Umwelt

34 **Was werden wir aus der Corona-Krise lernen?**

40 **Was macht Corona mit der Verkehrswende?**
Eine Betrachtung

Aus der Fraktion

Das Fraktionsbüro in Zeiten von Corona

VON LUTZ BOEDE

Irgendwann im März – oder war es noch im Februar? – sollten neue Regale und Stühle für unser Fraktionsbüro geliefert werden. Ein Liefertermin wurde abgesagt. Dann kam Corona auch nach Deutschland und machte einen Folgetermin unmöglich. Seit einigen Wochen stehen die alten Regale ausgeräumt und leer im Büro, davor eine Mauer von vollen Umzugskartons und ein Stapel der schon angelieferten Stühle. Wahrscheinlich wird das wohl auch noch eine Weile so aussehen.

Vor einigen Wochen haben sich die Terminkalender auch bei uns radikal geleert. Ausschusssitzungen und Arbeitsgruppentermine wurden abgesagt. Und natürlich entfielen auch persönliche Treffen mit Bekannten, Sitzungen von Bürgerinitiativen und das Training im Sportverein.

Ein paar Tage lang verfolgten die Stadtverordneten das, was Oberbürgermeister und Krisenstab organisierten und verfügten, eher über die Presse oder telefonierten dem Krisenstab hinterher. Aber schnell forderten die Fraktionen eine bessere Information ein. Der Oberbürgermeister führt seitdem wöchentlich eine Telefonkonferenz (TK) mit den Fraktionen durch. Zumeist finden aber mehrere dieser TK pro Woche statt. Außerdem erhalten die Stadtverordneten täglich ein Lagebild zugesandt.

DIE aNDERE führt ihre Fraktionssitzungen inzwischen regelmäßig über die App *Jitsi Meet* durch. Inzwischen funktioniert das auch alles technisch und organisatorisch ziemlich reibungslos. Vielleicht wird sogar die eine oder andere Besprechung nach der Coronazeit in dieser Form stattfinden, weil es manchmal ganz praktisch ist, von zu Hause aus tagen zu können.

Natürlich haben sich die politischen Themen der Fraktionsarbeit verändert. Da die Fachausschüsse ja einige Wochen nicht getagt haben, rückten die Themen in den Vordergrund, die mit der konkreten Situation im Zusammenhang stehen.

So wandten sich an unsere Fraktion Menschen, bei denen die GEZ in dieser Situation nichts Besseres zu tun hatte als offene Rundfunkgebühren per Kontenpfändung einzutreiben. Teilweise waren sogar ältere Menschen aus Risikogruppen betroffen, die plötzlich nicht mehr über ihr Konto verfügen konnten und dies über Anwälte und Gerichte hätten klären müssen. Da die Kontenpfändung im Rahmen der Amtshilfe über die städtische Vollstreckungsabteilung abgewickelt wird, konnten wir vermitteln und die Freigabe der Konten erreichen. Teilweise stellte sich sogar heraus, dass die Beitragsforderungen bereits beglichen waren.

Frühzeitig setzten wir uns auch dafür ein, dass in den öffentlichen Verkehrsmitteln der Infektionsschutz verbessert wird. Insbesondere forderten wir einen Sicherheitsabstand für die Fahrer*innen, eine regelmäßige Desinfektion der Fahrzeuge und die Aussetzung der Fahrkartenkontrollen. Inzwischen sind diese Maßnahmen umgesetzt.

Besondere Sorge bereitet uns die Situation wohnungsloser Menschen und die hohe Gefahr von Infektionsausbrüchen in Gemeinschaftsunterkünften und Pflegeeinrichtungen. Um diese Probleme haben wir uns immer wieder gekümmert. Wohnungslose sind inzwischen auf freiwilliger Basis in Pensionen und Unterkünften untergebracht. Manche von ihnen lehnen dieses Angebot aber auch ab.

Für die Flüchtlingsunterkünfte wurden vorab Gefährdungseinschätzungen erstellt und einige Maßnahmen getroffen, um den Ausbruch von COVID-19-Erkrankungen in den Gemeinschaftsunterkünften (GU) zu verhindern. Insbesondere sollten Menschen aus Risikogruppen frühzeitig in Pensionen oder Wohnungen umziehen. Außerdem ging es um Notfallpläne und Schutzvorkehrungen für die Mitarbeiter*innen, die in den Heimen arbeiten. In den GU sollte die Nutzung der Räume möglichst so strukturiert werden, dass im Falle einer Infektion nicht gleich die gesamte Einrichtung unter Quarantäne gestellt werden muss. Gerade das erwies sich leider schnell als illusorisch. Inzwischen sind in mehreren GU Coronafälle aufgetreten. Überall, wo sich viele Menschen Küchen und Bäder teilen müssen, ist die Situation ziemlich schwierig. Dort mussten viele Menschen unter Quarantäne gestellt oder in Pensionen untergebracht werden.

An dieser Situation kann auch das wirklich aufopferungsvolle Engagement städtischer Sozialarbeiter*innen und ehrenamtlicher Helfer*innen nicht grundlegend etwas ändern. Daher setzen wir uns dafür ein, möglichst schnell viele Menschen aus solchen Heimen zu verlegen.

In den Pflegeeinrichtungen wird vor allem Schutzkleidung benötigt. Oft sind auch Desinfektionsmittel knapp. Daher hat der Wissenschaftsladen die Idee entwickelt, selbst Desinfektionsmittel in seinem Labor herzustellen und damit den freien Träger *ALS-Mobil* zu versorgen. Die gesetzlichen Möglichkeiten für die Herstellung wurden gerade gelockert. Wir konnten einen Kontakt zwischen Wissenschaftsladen und dem Krisenstab herstellen. Allerdings konnte *ALS-Mobil* inzwischen noch anderweitig Desinfektionsmittel beschaffen und der Wissenschaftsladen konzentriert sich inzwischen auf das Drucken von Schutzvisieren für den medizinischen Bereich.

DIE aNDERE achtet darauf, dass wichtige Unterstützungsangebote auch unter schwierigen Rahmenbedingungen aufrechterhalten werden. Insbesondere haben wir uns gegen eine Schließung der Bergmann-Psychiatrie und der dort angegliederten Tagesklinik ausgesprochen und setzten uns dafür ein, dass Gespräche und Therapieangebote dort weiter stattfinden. Schon früh haben wir im Hauptausschuss die Frage aufgeworfen, wann die Sperrung städtischer Grünanlagen (Volkspark, Bassinplatz, Platz der Einheit / ◄ Foto linke Seite) aufgehoben wird. Gerade wenn Abstandsregelungen eingehalten werden sollen, muss auch Platz dazu geschaffen werden. Bewegung in frischer Luft stärkt das Immunsystem und ist auch aus medizinischer Sicht wichtig, um eine Lungenkrankheit zu besiegen. Inzwischen haben die ersten Jugendhilfeträger und Sportvereine den Bedarf angemeldet, den Volkspark für kontaktfreie Freizeitangebote zu nutzen. Die Frage, wie sinnvoll welche Beschränkung wirklich ist, werden wir in den nächsten Wochen sicher diskutieren und abwägen.

Immer wieder wenden sich auch Menschen wegen Schikanen des Ordnungsamtes an uns. Warum man nicht mehr auf Bänken sitzen darf oder beim Angeln behelligt wird, ist schlichtweg mit Infektionsschutz nicht zu rechtfertigen. Wir haben über einige Problemfälle auch in den Telefonkonferenzen gesprochen. Letztlich kommt es aber darauf an, sich bei unnötigen Schikanen freundlich und selbstbestimmt gegen die Vertreter*innen der Ordnungsmacht zu behaupten. Die Website **www.polizeikontrollstelle.de** ist an persönlichen Erfahrungen mit der **#CoronaPolizei** interessiert.

Trotz aller Einschränkungen geht natürlich auch die normale politische Arbeit weiter. Unsere Stadtverordneten arbeiten an Anträgen zu wohnungspolitischen Themen oder beteiligen sich an Aktionen der Seebrücke. Für die nächste normale Sitzung der SVV haben wir beantragt, freie Träger bei der Aufstellung von Pandemieplänen zu unterstützen und einen Fonds für ehrenamtliche Coronahilfe zu schaffen.

Vor allem aber verbringen wir alle viel Zeit mit dem städtischen Klinikum. Dort sind in den letzten Wochen erhebliche Mängel in der Krankenhaushygiene und beim Umgang mit Infektionsfällen bekannt geworden. So wurde die Verbreitung des Corona-Virus dort lange nicht erkannt und durch planlos wirkende Um- und Abverlegungen von Patient*innen begünstigt. Wir gehen davon aus, dass diese Fehler bereits Menschenleben gefordert haben. Bis heute (23.04.) wurden die mehrfach angeforderten Informationen zum Infektionsausbruch nicht vollständig an das Gesundheitsamt übermittelt. Der Vorsitzende der Geschäftsführung trägt wenig zur Lösung dieser Fragen bei. Ich habe ja bereits vor einigen Jahren in der SVV meine Meinung dargelegt, dass **Herrn Grebner** die charakterliche Eignung zur Leitung eines kommunalen Betriebes fehlt. Dass er dies nun ausgerechnet in einer laufenden Pandemie im städtischen Klinikum demonstriert, ist dennoch erschreckend. Der Hauptausschuss hat mehrfach über die Beurlaubung und Entlassung der Geschäftsführung diskutiert.

Dabei muss man leider den Eindruck bekommen, dass es vielen Stadtverordneten vorrangig darum geht, den OB zu beschädigen oder sich parteipolitisch zu profilieren. Wir brauchen stattdessen aber einen Neuanfang im städtischen Klinikum. Dass die Rathauskooperation nun endlich einlenkt und die beiden Bürgerbegehren für Tariflohn und mehr Personal im städtischen Klinikum übernehmen will, ist ein erster Schritt in diese Richtung. Möglich wurde er vor allem durch mehr als 17.500 Unterschriften. Eine andere Stadt ist möglich – auch in der Coronazeit.

Städtische Betriebe

Faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen in der Klinikgruppe „Ernst von Bergmann“

VON LUTZ BOEDE

Am 08. Mai 2019 traf sich zum ersten Mal eine Gruppe von Beschäftigten, Patient*innen, Angehörigen und Unterstützer*innen im Treffpunkt Freizeit, um gemeinsam ein Bürgerbegehren für mehr Personal und Tariflohn im Klinikum zu organisieren. Zunächst bildeten wir Arbeitsgruppen, um die rechtlichen Fragen zu klären, Texte zu formulieren und Verbündete zu suchen. Wir einigten uns auf ein paar Grundsätze für die weitere Zusammenarbeit.

Besonders wichtig war uns, dass es um eine bessere Bezahlung für ALLE Beschäftigten gehen muss. Zu einem Krankenhaus gehören nicht nur die Pflegekräfte und Ärzt*innen am Krankenbett, sondern auch Service, Labor, Küche und Verwaltung. Außerdem soll für die ganze Klinikgruppe gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt werden – von Bad Belzig bis Forst.

Gerade den Beschäftigten waren bessere Arbeitsbedingungen noch wichtiger als eine Erhöhung ihrer Einkommen. Um die ständige Überlastung abzubauen und mehr Zeit für die Betreuung der Patient*innen zu haben, muss unbedingt mehr Personal eingestellt werden. Aus dem geplanten Bürgerbegehren wurden schließlich sogar zwei. Damit wollten wir rechtliche Risiken minimieren, auch wenn klar war, dass zwei Listen beim Unterschriftensammeln etwas unhandlich sind.

Das Bürgerbegehren für faire Bezahlung fordert eine Rückkehr aller Beschäftigten in die ordentliche und daher tarifgebundene Mitgliedschaft des Kommunalen Arbeitgeberverbandes. Das kann der Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung zumeist allein beschließen. Nur in den Tochtergesellschaften, an denen andere Kommunen oder Landkreise beteiligt sind, wird teilweise deren Zustimmung benötigt.

Das Bürgerbegehren für bessere Arbeitsbedingungen fordert, dass mit dem Betriebsrat ein Personalbesetzungs- und Entlastungsplan für alle Bereiche der Klinikgruppe erarbeitet wird. Wenn die darin festgelegte Mindest-Personalbesetzung nicht abgesichert werden kann, müssen die Fallzahlen reduziert werden. Nach der neuen Kommunalverfassung muss auf den Unterschriftenbögen eine Kostenschätzung der Verwaltung abgedruckt werden. Dadurch verzögerte sich der Start der Unterschriftensammlung natürlich.

Im August 2019 wurde der Text der Bürgerbegehren der Kommunalaufsicht geschickt, die für die Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit zuständig ist. Zwischen August und Weihnachten

haben wir bei Veranstaltungen, an Infoständen und oft auch im Freundeskreis für beide Bürgerbegehren jeweils 17.500 Unterschriften gesammelt. Am 05. Januar 2020 wurden die Listen dem Wahlleiter Dr. **Schrewe** übergeben, der die Unterschriften einzeln auf ihre Gültigkeit prüfte. Die SVV bestätigte Ende Januar und Anfang März, dass die nötige Zahl der Unterschriften zusammengekommen ist. Seitdem warten die Stadtverordneten nur noch auf die Zulässigkeitsprüfung der Kommunalaufsicht. Wenn die Zulässigkeit bestätigt wird, muss binnen zwei Monaten ein Bürgerentscheid stattfinden. Es gibt nur eine Ausnahme: Die Stadtverordneten können die im Bürgerbegehren geforderten Maßnahmen beschließen, dann wird der Bürgerentscheid überflüssig.

In den letzten Monaten hat die Kommunalaufsicht nichts von der gesetzlich vorgeschriebenen „unverzüglichen" Prüfung erkennen lassen. Zuletzt hat sie dann mit Verweis auf die Corona-Krise eine weitere Verzögerung angekündigt.

Die Beschäftigten sind im Klinikum in den letzten Wochen zusätzlichen Belastungen ausgesetzt und damit ist nicht nur die Versorgung der an COVID-19 erkrankten Patienten gemeint. Es fehlt in vielen Bereichen an Schutzkleidung. Ständig wechselnde Hygienestandards und eine desaströse Kommunikationspolitik der Leitungsebene tragen zu Frust und Verunsicherung bei. Beifall vom Balkon allein hilft da auch nicht mehr.

Schließlich entstand in einer Telefonkonferenz Anfang April die Idee, den Fraktionen der Stadtverordneten vorzuschlagen, die Bürgerbegehren kurzfristig in der SVV-Sitzung am 06.05. anzunehmen. Bis zum 18.05. waren alle Fraktionen (außer der AfD) und die Einzelstadtverordneten aufgefordert, mitzuteilen, ob sie einen fraktionsübergreifenden Antrag miteinreichen und dem zustimmen würden.

Darauf antworteten DIE aNDERE und die Stadtverordneten **Alexander Frehse** (DIE PARTEI) und **Andreas Menzel** (BVB/Freie Wähler), dass sie einen solchen Antrag einbringen wollen. Gleichzeitig reichte auch die Rathauskooperation einen Antrag ein, der die Forderungen der beiden Bürgerbegehren übernimmt. Heute (23.04.) verkünden Stadtverordnete von SPD und Grünen diese frohe Botschaft in einem extra anberaumten Pressegespräch.

Einige von ihnen erklärten noch vor ein paar Wochen, dass es Einschnitte bei Sport und Kultur geben wird, wenn das Bürgerbegehren erfolgreich ist und das Klinikum seine Beschäftigten nach TVöD bezahlen muss. Dann kam Corona. Viel ist von Kultur und Sport in der Stadt nicht mehr zu sehen. Und das kaputt gesparte städtische Klinikum wird inzwischen nur noch in der Größe eines Kreiskrankenhauses betrieben. Offenbar eine Zeit, in der die Parteien mal wieder in ihren Parteiprogrammen stöbern. **Karl Marx** hatte wohl Recht: Das Sein bestimmt das Bewusstsein.

Realität und Interpretation
Corona-Management: Fragen und Zahlen

VON CARSTEN LINKE *(überarbeitete Fassung)*

Die Bundesregierung hat mit dem Kampf gegen Covid-19 die größte Wirtschaftskrise der Republik ausgelöst und die Verfassung teilweise außer Kraft gesetzt. Voraussichtlich hat sie zahlreiche Freiberufler*innen und Selbstständige um ihre Existenz gebracht. Defizite im Schul- und Sozialwesen treten offen zu Tage. Es stellt sich somit berechtigt die Frage: Ist und war das gerechtfertigt? Daraus ergeben sich noch zahlreiche andere Fragen. Einigen möchte ich in diesem Beitrag nachgehen.

Wie wird ein Mensch zu einem Corona-Toten?

Es gibt ein Zuordnungsproblem. Um dieses zu lösen muss getestet werden und es sollten Obduktionen stattfinden. Menschen, die mit dem Corona-Virus sterben, zählen ebenso wie jene, die durch Corona sterben.

Das *Robert-Koch-Institut* (RKI) spricht deshalb von *„Todesfällen in Zusammenhang mit Covid-19-Erkrankungen"* und richtigerweise nicht von Covid-19-Toten. In Deutschland werden bisher nur im Stadtstaat Hamburg die mit Covid-19 Gestorbenen obduziert und daraufhin untersucht, woran sie gestorben sind. Der dafür zuständige Direktor des Hamburger Instituts für Rechtsmedizin, der Pathologe **Klaus Püschel**, stellt fest: *„Die Verstorbenen hatten alle Vorerkrankungen. Auch diejenigen, die in den 50ern waren. Die wussten es bloß nicht."* Der Pathologe schlussfolgert: „Covid-19 ist eine vergleichsweise harmlose Viruserkrankung". Er empfiehlt: Wir *„Deutschen müssten lernen, damit zu leben, und zwar ohne Quarantäne"*. Die von ihm untersuchten Todesopfer hatten alle so schwere Vorerkrankungen gehabt, dass sie *„auch wenn das hart klingt, alle im Verlauf dieses Jahres gestorben wären"*.[1]

Die anderen Bundesländer lehnen alle die obligatorische Obduktion und somit weiteren Erkenntnisgewinn ab. Als ein Grund wird die Ansteckungsgefahr für das Personal angegeben. Das klingt nach Ausrede. Echte Ursachenforschung wird somit verhindert.

Woran wird ersichtlich, dass wir ein Problem haben?

Die Einschränkungen des öffentlichen Lebens brauchen faktenbasierte und nachvollziehbare Begründungen. Anfänglich wurden sie nicht mit der Anzahl der „Corona-Toten" in Deutsch-

[1] **https://www.n-tv.de/regionales/hamburg-und-schleswig-holstein/Experte-Pueschel-Zeit-der-Virologen-ist-vorbei-article21714544.html**

land begründet, sondern mit der Anzahl der positiv Getesteten. Es folgten als Begründung die Rate der Verdopplung und die Reproduktionszahl als neue Maßstäbe. Wenn immer neue Bewertungen eingeführt werden und der Bewertungsmaßstab ständig verändert wird, ist die Bevölkerung zu Recht irritiert.

Die Anzahl der positiv Getesteten ist allerdings eine irreführende Zahl, denn je mehr Menschen getestet werden, desto mehr Infizierte werden gefunden. Der prozentuale Anteil der Infizierten an den Getesteten wäre wesentlich bedeutsamer. Wenn man allerdings die Zielgröße einer hohen „Herdenimmunität" verfolgt, sind hohe Test- und Infektionszahlen sogar *gute* Zahlen. Die bekannte *Heinzberg-Studie* der Universitätsklinik Bonn zeigt, dass 22 Prozent von allen Infizierten gar keine Symptome hatten, und dass die Dunkelziffer der Infizierten um den Faktor 10 größer ist als die Gesamtzahl der offiziell gemeldeten Fälle (162.496 am 03.05.2020 / 07:20 Uhr).[2]

Es gibt eine Vielzahl von Viren und Bakterien, bei denen die Durchseuchungsrate der Bevölkerung gegen 100 Prozent geht. Mit dem Herpes-simplex-Virus Typ 1 (HSV-1) sind beispielsweise im Erwachsenenalter mehr als 90 Prozent der Bevölkerung in Deutschland infiziert.[3] Die Infektionsrate ist also gar nicht die zentrale Frage. Die Kernfrage lautet: Wie viele Menschen erkranken an Covid-19? Es ist nicht schlimm, wenn viele Menschen mit dem Coronavirus infiziert sind. Eine hohe Anzahl von Virusinfektionen ist nur dann schlimm, wenn damit eine hohe Anzahl an ernsthaften Erkrankungen oder Sterbefälle einhergeht. Wenn immer mehr Menschen Corona-infiziert sind, so ist dies noch kein Problem – solange die Betroffenen nicht zum Arzt gehen müssen und somit medizinische Infrastruktur in Anspruch nehmen. Die Kapazitätsgrenze unseres Gesundheitssystems ist die limitierende Größe. Die Zahl der Infizierten findet zwar in den Medien große Beachtung. Für die Handhabung der Pandemie sollte sie jedoch eine untergeordnete Rolle spielen. Daraus ergeben sich zwei wesentliche Fragen: Wie hoch ist der Anteil der Infizierten, die ernsthafte ärztliche Hilfe benötigen? Wie hoch ist die Mortalitätsrate, also die Rate der Covid-19-Verstorbenen, die wirklich *durch* Corona sterben? Niemand kennt bisher die Antwort auf diese Fragen.

Wie viele Tote sind hinnehmbar?

Kürzlich mahnte Bundestagspräsident **Schäuble** an, dass die Würde der Menschen nicht dem Schutz der Gesundheit und dem Schutz des Lebens unterzuordnen ist. *„Wenn es überhaupt einen absoluten Wert in unserem Grundgesetz gibt, dann ist das die Würde des Menschen. Die ist unantastbar."*[4] Hoffentlich erinnert er sich an seine Worte bei den Themen Abtreibung und Sterbehilfe. Die Frage wie viele Tote wir als Gesellschaft hinnehmen wollen ist nicht allgemeingültig beantwortbar. Es ist ein Ansatz, andere Sterblichkeitsursachen zu betrachten und mit Zahlen und Fakten zu arbeiten. Offenbar haben sich zum Beispiel Tausende Verkehrstote pro Jahr als „normal" etabliert.

2 https://www.uni-bonn.de/neues/111-2020

3 https://www.bmbf.de/de/90-prozent-der-deutschen-tragen-die-herpes-simplex-viren-vom-typ-1-in-sich-4310.html

4 https://www.tagesspiegel.de/politik/bundestagspraesident-zur-corona-krise-schaeuble-will-dem-schutz-des-lebens-nicht-alles-unterordnen/25770466.html

Ein Virus schafft offenbar genau dann ein Problem, wenn eine Übersterblichkeit entsteht. Das ist dann der Fall, wenn mehr Menschen sterben als „normalerweise". In Deutschland starben im Jahr 2018 laut Statistik 954.874 Menschen. Das sind pro Tag im Durchschnitt mehr als 2.600 Menschen. Übers Jahr verteilen sich die Todesfälle sehr ungleich. Aus den Abweichungen gegenüber den Durchschnittszahlen berechnet das RKI, wie viele Menschen jedes Jahr an Grippe oder durch Hitze sterben. Für die Grippesaison 2017/2018 wurden in Deutschland z.B. 25.100 Grippetote angegeben, für 2016/17 waren es 22.900, 2014/15 21.300.[5] Das waren allerdings besonders exponierte Jahre. Es gibt auch Jahre mit wenigen Hundert Grippetoten. Solche Häufungen führen zu temporären Belastungsspitzen im medizinischen Alltag. Sie führen aber nicht zu drastischen Regierungsmaßnahmen. Es gibt lediglich die alljährlichen Appelle hinsichtlich der Schutzimpfung.

Die Grippesaison 2019/20 ist Ende März für beendet erklärt worden, es wurden 411 Grippetote (09.04.2020) gemeldet.[6] Dies zeigt, dass die Corona-bedingten Einschränkungen Wirkung zeigen: Es gab eine drastische Absenkung der Grippetoten.

Was ist das Ziel bei der Krisenlösung?

Absolute Sicherheit gibt es nicht, weder im Pandemiefall noch bei anderen Katastrophen. Ein Ziel könnte z.B. sein, besonders stark gefährdete Personengruppen zu schützen. 86,7 Prozent der 6.821 bisher mit Covid-19-Gestorbenen sind 70 Jahre oder älter (siehe Grafik). Müssten sich nicht alle Anstrengungen darauf richten, diese Gruppe besonders zu schützen? So könnten die Kontakt-Restriktionen auf diesen Personenkreis begrenzt werden und zeitgleich zusätzliche Pflege- und Hilfskräfte eingesetzt werden, um diese Personen nicht gänzlich zu isolieren oder abzuschotten. Dieser Gedanke kann auch als eine Art *Alten-Bashing* gedeutet werden. Es besteht der Eindruck, dass ältere Menschen sich auch vor den Kontaktsperren und ohne staatliche Repression recht vorbildhaft ansteckungsvermeidend verhalten haben. Andererseits ist jede „Isolierung" in Pflege- und Altenheimen würdelos. Es gibt keine einfachen Lösungen.

Ganz katastrophal ist die Situation für die Kinder und ihre Eltern, für Selbstständige und Freiberufler*innen. Sie scheinen die Kollateralgeschädigten der Pandemiemaßnahmen zu sein. Unsere Regierenden haben mitten in der Krise mehrfach die Schwerpunktsetzung geändert: Zunächst ging es darum, das Gesundheitssystem nicht zu überlasten. Operation gelungen. Viele Intensivbetten stehen nun leer – zum Glück.

Dann galt als Zielgröße die Verdopplung der Ansteckungen auf über 10 Tage zu strecken. Als es dann rechnerisch fast 40 Tage waren, wurde die Reproduktionszahl als Maß der Dinge postuliert. Ab da galt es, die *„Reproduktionszahl deutlich unter 1"* zu senken. 1,3 wäre eine Katastrophe. Seit dem 21. März liegt die Zahl unter 1 und seit Anfang Mai sogar unter 0,8.[7]

Lockerungen sind dringend notwendig. Und nachvollziehbar müssen sie sein. Wieso ist bei der Ausübung der Religionsfreiheit eine höhere Personenzahl in geschlossenen Räumen

5 Saisonberichte des Robert-Koch-Instituts. https://influenza.rki.de/Saisonbericht.aspx

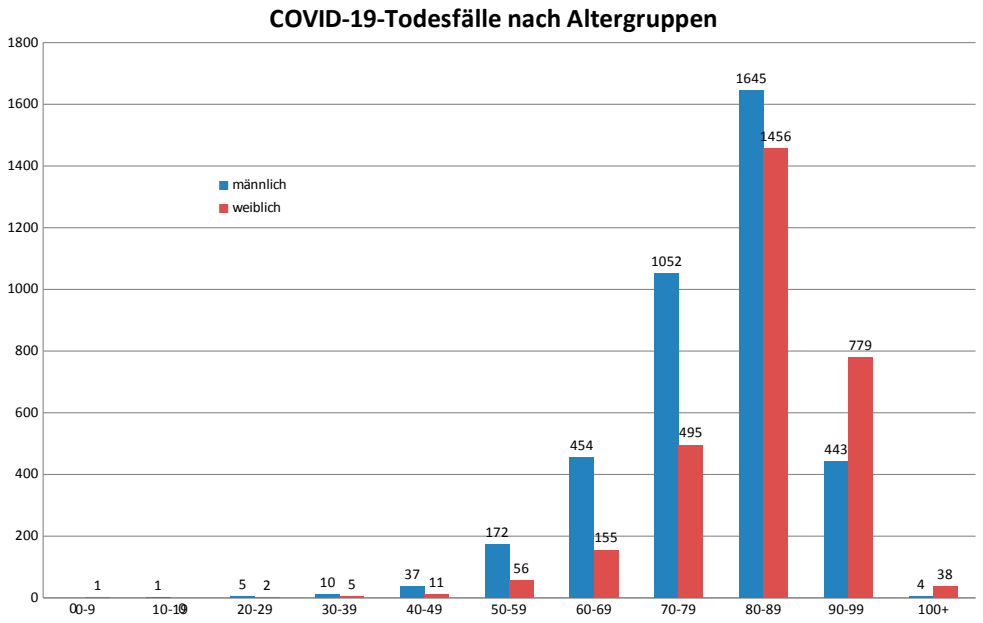
6 https://influenza.rki.de/Wochenberichte.aspx

7 RKI-Situationsbericht vom 05.05.2020 (auch online verfügbar)

zulässig als bei Demonstrationen im öffentlichen Bereich? Wieso sind Autohäuser offen, aber Spielplätze geschlossen, obwohl jedes Kind ein Recht auf Bewegung und Spiel hat, aber niemand ein Recht auf Autos? Viele Studien belegen, dass Kinder nicht das Problem bei Covid-19 darstellen. Trotzdem hält Deutschland massiv an deren „Hausarrest“ fest. In ganz Skandinavien, von Island bis Finnland, gehen Kinder in die Kita oder Grundschule. Liegt es vielleicht daran, dass in Deutschland ein Viertel der Gesellschaft im Rentenalter ist und diese Altersgruppe auch einen überproportionalen Anteil an Politiker*innen stellt?

Doch unabhängig von all diesen Regelungen oder Öffnungen sind zwei Dinge für mich bezeichnend: Die Mehrheit der Bevölkerung scheint dieser Law-and-Order-Politik etwas abzugewinnen und das Denunziantentum hat deutlich zugenommen. Typisch deutsch. Der Untertan lässt grüßen.

Für mich steht diese Doppel-Frage im Mittelpunkt: Wann begreifen wir, dass es kein Leben nach Corona, sondern nur noch *mit* Corona gibt und wann wandeln wir unser Gesundheitssystem von einem profitorientierten System in ein Wohlfahrtssystem um?



Quelle: RKI-Situationsbericht vom 05.05.2020 mit Stand von 0:00 Uhr (Gesamtzahl 6821)

Realität und Interpretation
Aufklärung, Solidarität und Humanismus

VON LUTZ BOEDE

Das neuartige Coronavirus hat nicht nur unseren Alltag erheblich durcheinandergewirbelt. Auch unumstößliche Gewissheiten wurden in wenigen Wochen zertrümmert. Wir müssen damit rechnen, politische Verbündete und persönliche Freundschaften zu verlieren.

Es scheint als wäre manchen der innere Kompass verlorengegangen, der das Zurechtfinden in einer völlig neuen gesellschaftlichen Situation ermöglicht. Ich muss zugeben, dass ich dem etwas ratlos gegenüberstehe. Eigentlich bin ich ja sicher, dass ich von Menschen umgeben bin, die sich den Grundwerten der Aufklärung, des Humanismus, der Solidarität, der Emanzipation und des Antifaschismus verbunden und verpflichtet fühlen.

Warum fällt es plötzlich einigen Leuten so schwer, bei ihrer Haltung von gesellschaftlichen Realitäten auszugehen?

Ganz offensichtlich befinden wir uns in einer ungewohnten Situation. Ein Blick nach Bergamo, Madrid oder New York genügt, um zu verstehen, dass das Coronavirus das Potential hat, die nationalen Gesundheitssysteme derart zu überlasten, dass in kürzester Zeit die Versorgung in den Krankenhäusern nicht mehr gewährleistet werden kann. Da das Virus noch weitgehend unerforscht ist, fehlen wirksame Medikamente, Behandlungsmethoden und Impfstoffe. Selbst die bislang zur Verfügung stehenden Testmethoden sind mit Unsicherheiten und Beschaffungsproblemen behaftet. All das wird offen diskutiert. Führende Wissenschaftler*innen wie Prof. **Christian Drosten** oder Prof. **Hendrik Streeck** erläutern praktisch täglich den aktuellen Erkenntnisstand und auch die Grenzen der Gewissheit.

In dieser Lage haben praktisch alle Staaten (inklusive Schweden, dessen Sonderweg nur graduell von dem anderer Staaten abweicht) früher oder später das öffentliche Leben so eingeschränkt, dass physische Kontakte und Ansteckungen vermieden werden. Gerade in Deutschland ist es bisher gelungen, dass in der Coronazeit deutlich weniger Menschen gestorben sind als in Staaten, die deutlich drastischere Eindämmungsmaßnahmen verordnet und die Bevölkerung wochenlang nahezu eingesperrt haben.

Mir erschließt sich nicht, warum Menschen trotz dieser Fakten anhand der Todesraten der Vorjahre untersuchen, ob das Coronavirus wirklich so gefährlich ist. Für mich ist auch unbegreiflich, warum die Sinnhaftigkeit der Gegenmaßnahmen dadurch in Frage gestellt sein soll, dass vor allem alte Menschen mit Vorerkrankungen zu den Todesopfern zählen. Bereits

frühzeitig gingen Wissenschaftler*innen des **Robert-Koch-Institutes** davon aus, dass nur deutlich unter ein Prozent der Infizierten an Covid-19 verstirbt. Auch dass ein hohes Alter und bestimmte Vorerkrankungen das Risiko erheblich erhöhen, muss niemandem durch Obduktionen oder Facebook-Bildersprüche enthüllt werden. Das sind unbestrittene Binsenweisheiten – Und sie sind für die Bewertung der Situation nicht besonders relevant, wie die Situation im grippeerfahrenen Italien zeigt.

Warum fehlt die Differenzierung zwischen unnötigen Schikanen und sinnvollem Infektionsschutz?

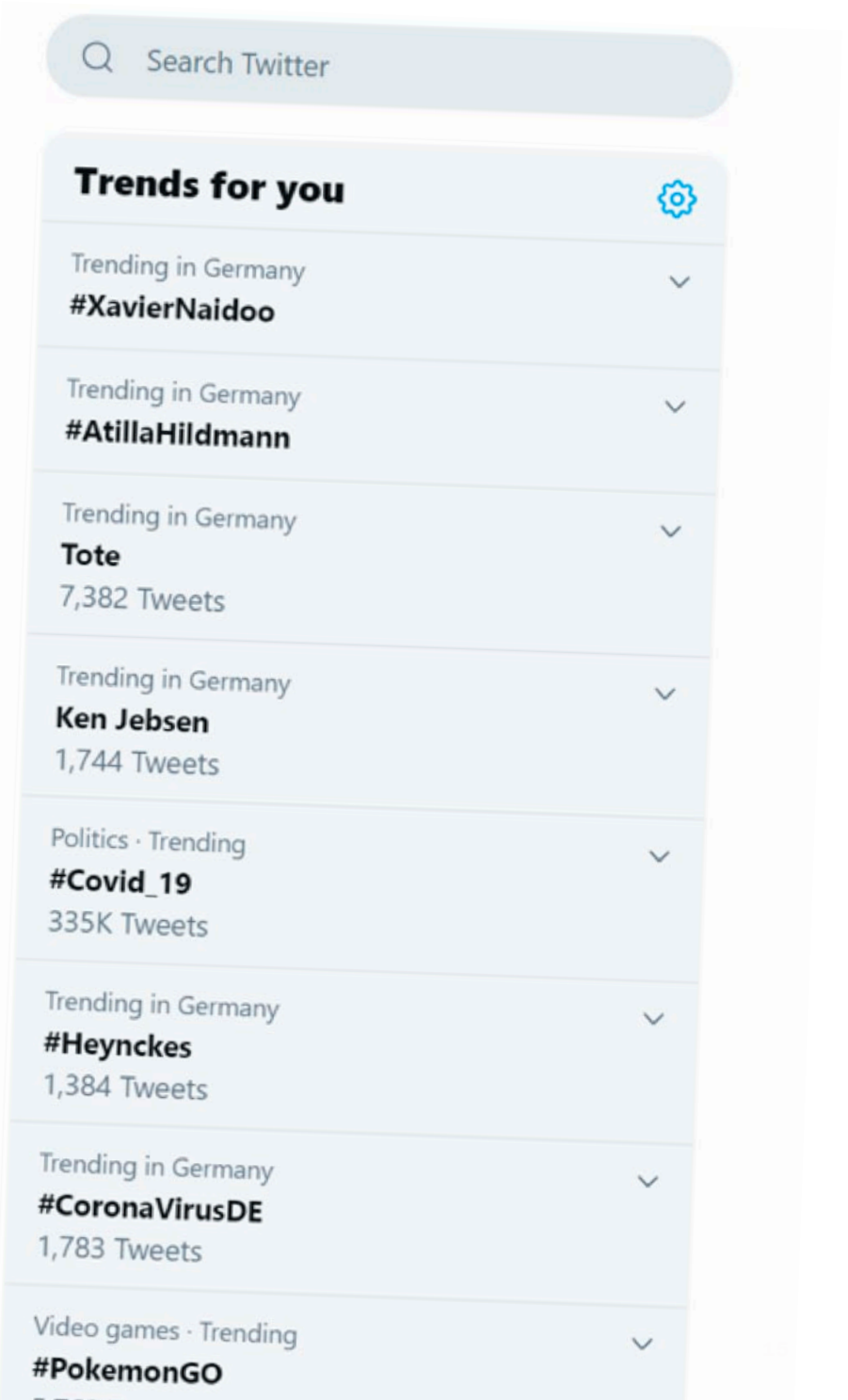
Selbstverständlich ist es gerade in der jetzigen Situation unverzichtbar, der Aushöhlung unserer Grund- und Freiheitsrechte entgegenzutreten und staatliche Eingriffe kritisch zu hinterfragen. Allerdings sollte es genauso selbstverständlich sein, sich so zu verhalten, dass Infektionsrisiken gesenkt und Risikogruppen geschützt werden. Das ist ein Gebot der Solidarität und Rücksichtnahme und gilt unabhängig davon, ob es staatliche Vorschriften verlangen oder verbieten. Statt in verwackelten *YouTube*-Videos über die Gesundheitsgefahren einer Stoffmaske zu lamentieren, sollte sich die Kritik gegen wirkliche Grundrechtseingriffe richten.

Dass im Land Brandenburg wochenlang ausnahmslos alle öffentlichen Versammlungen verboten waren, ist offensichtlich nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. In Potsdam hat die politische Linke das nicht einfach hingenommen, sondern mehrfach Versammlungen durchgeführt – kreativ in der Einkaufsschlange für die Evakuierung der Flüchtlingslager an den EU-Außengrenzen oder entschlossen gegen Versammlungsverbote und Ordnungsamtsschikanen. Und natürlich demonstrieren wir so, dass niemand gefährdet wird.

Für mich versteht es sich von selbst, dass sich emanzipierte Menschen nur an Vorschriften halten, die auch tatsächlich dem Infektionsschutz dienen. Nach diesem Maßstab sollte man auch weiter auf der Wiese picknicken oder auf der Parkbank ein Buch lesen – aber Abstand dabei halten. Ebenso ist nicht einzusehen, warum der Volkspark, die Freundschaftsinsel und der Platz der Einheit wochenlang nicht betreten werden durften oder warum Buchläden und Bibliothek geschlossen wurden statt sie mit ein paar Schutzmaßnahmen offen zu halten. Schließlich erscheint mir auch die Frage berechtigt, warum die Landesregierungen angesichts einer wackligen verfassungsrechtlichen Grundlage Verordnungen erlassen statt auf die freiwillige Mitwirkung einer mündigen Bevölkerung zu setzen.

Warum fordert niemand demokratische Mitbestimmung darüber ein, wie bestehende Spielräume genutzt werden?

Statt die Gefährlichkeit des Coronavirus zu leugnen oder so zu tun als hätten sich bösartige Virolog*innen das Virus ausgedacht, um uns zu ärgern, müssen wir eine demokratische Mitbestimmung darüber einfordern, wie die bestehenden Spielräume genutzt werden. Es ist eine politische Entscheidung, ob zuerst die Produktionshallen der Autoindustrie geschlossen oder Gottesdienste verboten werden. Es ist eine politische Entscheidung, ob die Grenzen für Flüchtlinge oder für Erntehelfer geöffnet werden. Es ist eine politische Entscheidung, ob zuerst die Bundesliga wieder spielen darf oder der Kinder-, Jugend- und Breitensport.



Warum fordern progressiv eingestellte Menschen nur Lösungen innerhalb des bestehenden Systems?

Ganz besonders befremdet mich, dass es so viele Leute so eilig haben, in die alten Zustände zurückzukehren. Eigentlich hat sich doch gerade gezeigt, dass der Markt gar nichts mehr regeln kann, wenn ein unbekanntes Virus sich ausbreitet, gegen das noch kein Kraut gewachsen ist. Zum einen ist das auf Gewinnmaximierung getrimmte Krankenhaussystem nicht in der Lage, die medizinische Versorgung lückenlos sicherzustellen. Zum anderen zeigen die sozialen Sicherungssysteme erhebliche Lücken, die gerade Menschen treffen, die ohnehin in prekären Arbeits- und Einkommensverhältnissen stecken. Diese Probleme lassen sich aber nicht innerhalb der herrschenden Marktlogik beheben, sondern nur durch eine Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge und ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle.

Warum unterstützen antifaschistisch gesinnte Menschen die Schaffung neuer Mobilisierungs- und Aktionsfelder für die politische Rechte?

Wer, wie ich, regelmäßig in den (un)sozialen Netzwerken unterwegs ist, hat sicher auch schon die Erfahrung gemacht, dass Bekannte beginnen, merkwürdige verschwurbelte Enthüllungsvideos zu liken oder Beiträge zu teilen, deren Autor*innen ganz rechts außen oder zumindest ganz weit rechtsoffen sind. Auf irritierte Hinweise habe ich meist die Antwort bekommen, es sei doch egal, wer einen Beitrag geschrieben hat. Ist es wirklich nicht mehr selbstverständlich, dass sich demokratisch und deshalb natürlich antifaschistisch gesinnte Menschen Gedanken darüber machen, wessen Beiträge sie bewerben? Offensichtlich wächst bei Vielen die Unzufriedenheit und Unsicherheit mit der persönlichen Lebenssituation unter Corona-Beschränkungen. Berechtigte Kritik an den Maßnahmen und der Prioritätensetzung der Bundesregierung in der Corona-Krise muss aus einer emanzipierten, humanistischen und solidarischen Grundhaltung heraus geübt werden. Wenn keine klare Abgrenzung zu rechten Erklärungsmustern und Akteur*innen erfolgt wird sich aus einem diffusen Protestmix ein stattliches Aktions- und Mobilisierungsfeld für die AfD und deren Umfeld entwickeln.

Kürzlich las ich auf der Facebookseite eines Bekannten die mit freundlichem Duktus vorgebrachte Überlegung, *man wolle doch wieder ohne Einschränkungen leben und deshalb ergäbe sich die Frage, ob man denn alte kranke Menschen noch mit Chemie und Schläuchen am Leben halten soll. Es wäre doch viel schöner, die Tage mit Leben zu füllen als das Leben mit Tagen.* Natürlich muss diese Fragen jeder Mensch für sein Leben selbst beantworten. Wer solche Überlegungen aber für das Leben anderer anstellt, beginnt mit der Einteilung in lebenswert und lebensunwert. Genau diese Einteilung war die Voraussetzung für die als „Euthanasie“ getarnten Krankenmorde des Naziregimes.

Ich habe mich dazu entschieden, meine Facebook-Freundesliste nicht zu bereinigen. Mir erscheint gerade jetzt wichtig, dass wir uns nicht in unsere Filterblasen zurückziehen, sondern über die oben aufgeworfenen Fragen miteinander im Gespräch bleiben.

Eine andere Welt ist möglich! ✶

International

Der Ausbruch der Corona-Krise

Ein Bericht aus Italien

VON STEN

Eigentlich widmet sich diese Zeitschrift in der Regel lokalpolitischen Themen – oder Themen, die wenigstens mittelbar mit Potsdam verbunden sind. Warum dann eine Art Reisebericht aus Italien? – Weil Italien das erste Land in Europa war, das massiv vom Ausbruch des Corona-Virus betroffen war, das zum Zeitpunkt, als diese Zeilen geschrieben wurden, gerade von Spanien als dem am heftigsten betroffenen Land abgelöst wurde.

Um zu verstehen, in welcher Situation wir uns befinden und wie wir mit den medizinischen, ökonomischen und sozialen Folgen dieser Pandemie, die uns wahrscheinlich auf Monate und Jahre begleiten werden, umgehen sollten, ist es vielleicht auch sinnvoll, sich damit auseinanderzusetzen, was andernorts passiert und passierte.

Erlebt habe ich den Ausbruch der Corona-Krise in einer norditalienischen Hafenstadt. Ins Bewusstsein kam hier Corona Ende Januar, mit dem chinesischen Neujahrsfest. Warum? In Norditalien lebt eine große chinesische Community, mehr als 300.000 Chines*innen sind in den letzten Jahrzehnten nach Italien gezogen, viele ursprünglich, um in der Textilindustrie zu arbeiten. Mittlerweile gibt es viele Läden und Unternehmen, die von Chines*innen geführt werden. Auch viele der kleinen traditionellen Bars, die aufgrund geringer Einnahmen von ihren Besitzer*innen aufgegeben wurden, werden von Chines*innen weitergeführt.

Während hier darüber diskutiert wurde, ob man den Flugverkehr nach China unterbrechen sollte, richteten sich Chines*innen, die bei Besuchen zum Neujahrsfest in China mitbekommen hatten, was Corona bedeutet, auf den Ausbruch der Krankheit ein. Chinesische Reisende, die aus China zurückkehrten, begaben sich freiwillig für zwei Wochen in Quarantäne, um die Krankheit nicht zu verbreiten. Masken wurden getragen und erste Läden geschlossen. Diejenigen, die sich freiwillig in Quarantäne begaben, wurden in dieser Zeit von Netzwerken der Community mit allem Lebensnotwendigen versorgt. Und auch wenn darüber in italienischen Zeitungen berichtet wurde: Ein Beispiel an diesen Vorbereitungen scheinen sich die politischen Institutionen hier nicht genommen zu haben. Und so gehören die norditalienischen *Chinatowns* heute zu den Gegenden in der Katastrophenregion, die vom Ausbruch der Krankheit eher wenig betroffen sind, während die Regierung händeringend versucht, dringend benötigtes Material, wie z.B. Schutzmasken, zu organisieren.

Mitte Februar wurden dann die ersten Fälle in der Lombardei diagnostiziert, mitten im dicht besiedelten industriellen Herz Italiens. Immer noch erschien es so, als ob sich der Krankheitsausbruch in einigen Dörfern und Kleinstädten abriegeln lässt. Es war Karneval und immer noch nahmen die meisten hier an, das Virus sei weit weg, es sei alles unter Kontrolle

und werde schon nicht so schlimm werden. Und dann begann eine Phase des unentschiedenen Hin- und Hers. Erst wurde diskutiert, ob man den Karneval in Venedig absagt, dann wurde der Karneval in Venedig abgesagt, dann schließlich überall. Dann wurden die Schulen bis Ende der Woche geschlossen. Dann wurde die Schließung von Schulen und Museen um eine Woche verlängert. Dann machten die Museen wieder auf und kurz darauf schon wieder zu. Dann wurden diese Schließungen um zwei Wochen verlängert. Dann bis Anfang April, Anfang Mai, schließlich September.

Zwischenzeitlich mussten in Mailand die Bars früher schließen, dann gab es Beschwerden, dann durften sie länger aufmachen. Zum *Internationalen Frauentag* am 8. März hätten in weniger betroffenen Regionen noch Demonstrationen unter Einhaltung bestimmter Sicherheitsstandards stattfinden dürfen, doch wurden sie von den Veranstalter*innen abgesagt. Der geplante Frauenstreik, der, da der 8. März auf einen Sonntag fiel, am 9. März stattfinden sollte, wurde hingegen verboten.

Und in der ganzen Zeit stiegen die Fallzahlen, stieg die Anzahl der Toten, wurde das Virus in immer mehr Provinzen nachgewiesen. Schließlich machte sich die Regierung Sorgen. Im Norden Italiens ist das einst sehr gute Gesundheitswesen kaputtgespart wie in Deutschland. Auch ein Resultat der Sparmaßnahmen, die Italien in Folge der Finanzkrise seit 2008 aufgezwungen wurden. Im Süden ist es richtig kaputt. Wenn sich die Pandemie massiv nach Süden ausbreitet, wird eine Katastrophe befürchtet.

Deswegen wurde beschlossen, halb Norditalien unter Quarantäne zu stellen. Das funktionierte nur eingeschränkt, viele Leute hielten sich nicht daran – es ist auch faktisch nicht kontrollierbar. Vor allem aber löste es eine Massenflucht von Süditaliener*innen, die im Norden leben und arbeiten, nach Süden aus. Denn viele prekär Beschäftigte, deren Jobs verloren gingen, wollten die Krise eher bei ihren Familien überstehen.

In Folge dessen wurde am 10. März ganz Italien „rote Zone“. Öffentliche Einrichtungen wurden geschlossen, der Verkehr eingeschränkt, mittlerweile sind auch Straßen gesperrt. Gleichzeitig kamen die Nachrichten aus den schwer betroffenen Regionen in der Lombardei, dass die Kapazitäten des Gesundheitswesens erschöpft sind, dass Patient*innen sterben, weil Geräte und Behandlungsplätze alle belegt sind. Zu einer der Maßnahmen, die die Ausbreitung der Erkrankung stoppen sollen, gehören Besuchsverbote in den Gefängnissen. Dies führte landesweit zu Revolten in den Gefängnissen, bei denen auch Menschen starben.

Ausgangssperren wurden verhängt und sukzessive verschärft, man durfte die Wohnung letztlich nur noch zum Einkaufen oder Arbeiten verlassen. Trotz der Maßnahmen stiegen sowohl die Ansteckungszahlen als auch die Zahlen der Todesfälle weiter. Gleichzeitig wuchs die Unzufriedenheit darüber, dass zwar strenge Ausgangssperren gelten, die von der Polizei in einigen Regionen sogar mit Drohnen überwacht werden, aber in den Betrieben und Fabriken die Produktion weiterlief, selbst im Epizentrum der Katastrophe in der Lombardei, und sich Leute auf der Arbeit bzw. auf dem Weg dorthin weiterhin ansteckten. In einigen Betrieben kam es deshalb Mitte März zu spontanen Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen, einige Gewerkschaften drohten mit weiteren Streiks, sodass schließlich am 21. März die Regierung die Schließung aller nicht notwendigen Produktionsstätten anordnete.

Ende März kam schließlich auch einige Hilfe aus der EU ins Rollen. Nachdem das italienische Gesundheitswesen bis dahin aus dem Ausland – v.a. durch chinesische und russische Materiallieferungen und kubanische, chinesische und russische Mediziner*innen – unterstützt wurde, begannen schließlich auch EU-Länder, wie Deutschland, einige italienische Patient*innen zur Behandlung auszufliegen. Allerdings konnte das den Ruf der nördlichen EU-Staaten auch nicht mehr retten, v.a. da Österreich, die Niederlande und Deutschland sich strikt weigern, über die EU Geld für Italien zu leihen, sodass Italien separat Kredite aufnehmen muss – zu äußerst ungünstigen Konditionen, die die wirtschaftliche Erholung Italiens nach dieser Krise schwer belasten werden.

Anfang April gelang es schließlich, die Rate der Neuansteckungen zu stabilisieren, d.h. es stecken sich immer noch ein paar Tausend Menschen täglich an, es sterben immer noch um die 800 Personen am Tag, aber der exponentielle Anstieg von Ansteckungen und Todesfällen scheint erst einmal gestoppt. In einigen Regionen gibt es erste Lockerungen, so darf dort z.B. ein einzelnes Elternteil mit einem Kind im Wohnumfeld ins Freie gehen, nachdem Kinderärzt*innen und Eltern auf den Druck, der auf den seit Wochen in den Wohnungen festsitzenden Kindern lastet, hingewiesen hatten. Dennoch wird davon ausgegangen, dass die meisten Beschränkungen mindestens bis Ende April gelten sollen, v.a. da noch niemand eine Idee hat, wie ein Neuaufflammen der Pandemie nach Ende der Ausgangssperre verhindert werden soll. Zur Trauer um die Toten mischt sich zudem die Sorge darum, wie es weitergeht – ist doch zu befürchten, dass die ökonomischen Auswirkungen dieser Krise noch lange das Leben der Menschen in Italien beeinträchtigen werden.

International

Der schwedische Sonderweg – der bessere Weg?

VON CARSTEN LINKE

In Schweden ist die Zahl der Corona-Toten je 100.000 Einwohner*innen fast dreimal so hoch wie in Deutschland (17,5 statt 5,8).[1] Hätte Deutschland den *schwedischen Weg* gewählt, ergäben sich bei 83 Millionen Einwohner*innen rechnerisch 9.700 Tote mehr gegenüber dem radikalen deutschen Weg. Ist das viel oder wenig, z.B. im Vergleich mit anderen Sterblichkeitsursachen? Solch hohen aktuellen Zahlen steht entgegen, dass es in Schweden keinen *Lockdown* gibt, nach dessen Lockerung ein Anstieg der Neuinfektionen befürchtet wird. So kann es sein, dass die Schweden das Schlimmste erstmal überstanden haben, da auch dort neuerdings die Sterbefallkurven abflachen.

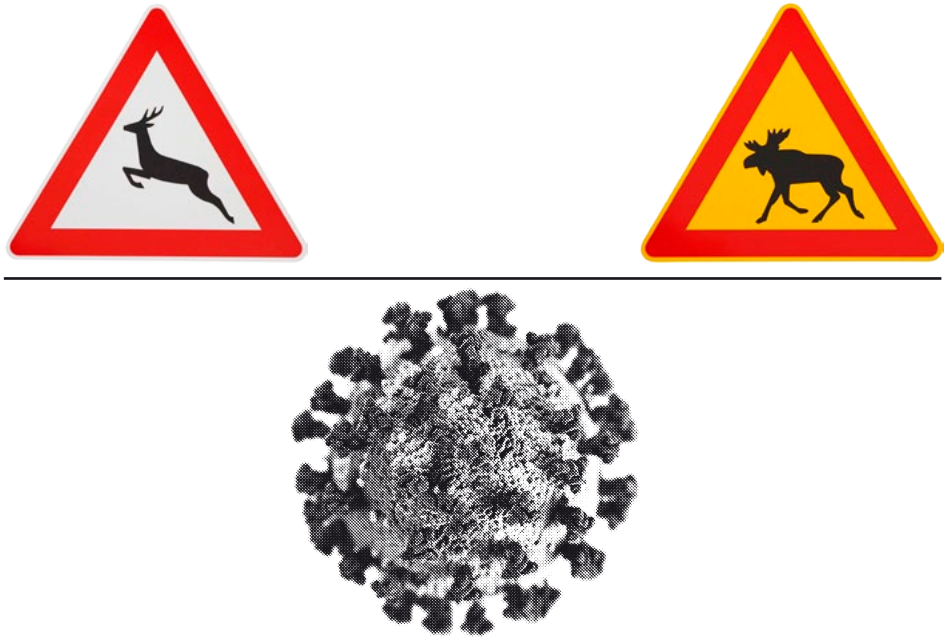
Schweden realisiert, dass die Hauptsterbegruppe die über 70-jährigen sind (ca. 85 Prozent, wie bei uns). Rund ein Drittel der Todesfälle wurden in Seniorenheimen registriert, die personell und strukturell nicht besser aufgestellt sind als in Deutschland. Es gibt keine Coronafälle bei Kindern. Die schwedische Regierung setzt scheinbar auf die Schaffung von Herdenimmunität.

Schweden setzt vor allem, anders als die meisten europäischen Nachbarn, auf Freiwilligkeit. Und so gibt es seitens der Regierung vor allem Empfehlungen, wie man sich verhalten sollte. Ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen sollten die Öffentlichkeit meiden. Menschen sollten generell zuhause bleiben. Auch von Reisen wird abgeraten. Wer kann, sollte im *Homeoffice* arbeiten, was in Schweden ohnehin schon stark verbreitet ist. In Restaurants muss Abstand gehalten werden, Gäste müssen ausreichend Platz an einem Tisch haben.

Im Norden gilt: Menschenansammlungen von mehr als 49 Personen sind verboten. In Alters- und Pflegeheimen gilt ein Besuchsverbot. Universitäten und Schulen ab Klasse neun sind geschlossen, dort läuft alles per Online-Lehre und Homeschooling. Aber: Grundschulen und Kitas sind geöffnet, ebenso die meisten Geschäfte. In Schweden hat übrigens jedes Schulkind ab der 1. Klasse einen eigenen (staatlich finanzierten) Schul-Laptop, weshalb Homeschooling auch bei Erkältung kein Problem ist. Junge Eltern haben nicht die aktuellen Probleme der Isolation oder Mehrfachbelastung wie hier. Sie fehlen nicht als systemrelevante Lehrer*innen, Ärzt*innen oder am Fließband. Die Produktion läuft in weiten Teilen weiter. Schweden hatte vor der Pandemie mit 82,6 Prozent vor Deutschland mit 79,9 Prozent die höchste Beschäftigungsrate in Europa.[2]

Die schwedische Regierung betont immer wieder: Die Maßnahmen seien so angelegt, dass das Land sie auch sehr lange durchhalten könnte – notfalls über mehrere Jahre. Und wir? Wie lange sollen Demonstrationsrecht und andere Freiheitsrechte eingeschränkt bleiben? Wie lange sollen gerade in Ostdeutschland die kleinen und mittelständischen Betriebe ihre kaum vorhandenen Rücklagen aufbrauchen? Aktuell sind neben den 2,3 Millionen Arbeitslosen und rund eine Millionen Unterbeschäftigten weitere 7 Millionen Menschen in Kurzarbeit.[3] Wie viele Pleiten im Kultur- oder Gaststättenbereich „wollen“ wir uns leisten?

Ebenso unklar ist, bei welcher Zielerreichung welche Restriktionen wieder gelockert werden. Deutschland hat keinen Ausstiegsplan aus der Krise. Die deutschen Regierungen – vom Bund bis zu den Rathäusern – schüren Ängste und keine Hoffnungen. Vor allem vertrauen sie nicht der Bevölkerung. Ansonsten bräuchte es keinen Bußgeldkatalog oder massive Streifeneinsätze von Polizei und Ordnungsämtern. Mal sehen, welcher der bessere Weg ist, der bittende oder der verordnende. Abgerechnet wird in einem Jahr.



1 Stand: 23. April 2020, 4:00 Uhr; WHO-Bericht

2 euroSTAT-Pressemitteilung 70/2019 vom 25. April 2019; Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen

3 BfA, umfassende Arbeitsmarktstatistik – Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, Deutschland März 2020 und Tagesschau vom 30.04.2020

International

#LeaveNoOneBehind!

Jetzt die Corona-Katastrophe an den Außengrenzen verhindern, geflüchtete Kinder und Jugendliche von den griechischen Inseln evakuieren!

VON POTSDAM-KONVOI

„In Zeiten von Corona …“

… ist Solidarität mit den Ärmsten und Schutzlosen besonders wichtig. Das sind unter anderem Alte, Arme, Wohnungslose, Immunschwache und geflüchtete Menschen an europäischen Außengrenzen.

In Deutschland werden Feiern bzw. sämtliche Zusammenkünfte mit mehr als 50 Menschen untersagt. In Moria sind gleichzeitig mehr als 20.000 Menschen unter widrigen hygienischen Bedingungen zusammengepfercht. Hierzulande gilt als oberstes Gebot: Hygienemaßnahmen einhalten – als Mindestmaß gründlich und oft die Hände waschen. Dort gibt es nicht mal genügend Wasser und Seife. Hier heißt es: zu Hause bleiben. Dort gibt es für über 20.000 Menschen kein Zuhause. Hier gilt: 2 Meter Mindestabstand halten. Dort wird den Geflüchteten untersagt, die Enge des Lagers zu verlassen.

> *„Das sind nicht einfach abstrakte Zahlen in einer Statistik, sondern das ist ein Vater oder Großvater, eine Mutter oder Großmutter, eine Partnerin oder ein Partner. Es sind Menschen. Und wir sind eine Gemeinschaft, in der jeder Mensch und jedes Leben zählt. […] Im Moment ist nur Abstand Ausdruck von Fürsorge.“*
> **Angela Merkel**: Ansprache an die Nation vom 18.03.2020

Die EU lässt die Menschen auf den griechischen Inseln seit Jahren im Stich. Während die Bundesregierung mit Sonderflügen aufgrund der pandemischen Bedrohung zehntausende Menschen mit deutschem Pass aus aller Welt zurück nach Hause holt, hebelt sie gleichzeitig den Flüchtlingsschutz aus.

Im Moment sitzen mehr als 40.000 Menschen, unter anderem infolge des EU-Türkei-Deals, unter unwürdigen Bedingungen auf den griechischen Inseln fest. Als wohl bekanntestes Beispiel für inhumane Abschreckungspolitik der EU steht das komplett überfüllte Elendscamp Moria auf der Insel Lesbos. Ursprünglich war es für 2.800 Schutzsuchende angelegt. Mittlerweile leben mehr als 20.000 Menschen in der provisorischen Zelt-Stadt – darunter viele alte Menschen und rund 6.500 Kinder und Jugendliche. Diese sind extremen Bedingungen, Unsicherheit, Gewalt und nun auch einer drohenden Epidemie ausgesetzt. Jüngst verschärfte die griechische Regierung die Migrationsgesetze, in diesem Zuge wurden auch Hilfsorganisationen mit Repressionen überschüttet.

© Knut Bry

© Knut Bry

Die Gesamtsituation auf der Insel spitzte sich Anfang 2020 zu, Geflüchtete und Volunteers waren massiv rechter Gewalt ausgesetzt und auf dem bisherigen Höhepunkt der Aggression wurden mehrere Projekte, wie das Gemeinschaftszentrum *one happy family*, in Brand gesetzt.

Unterdessen kommen auf Lesbos weiterhin Familien und alleinreisende junge Menschen an, fast alle an der Nordküste der Insel. Da das mithilfe von der NGO *Lighthouse Relief* betreute UNHCR-Transitcamp *Stage 2* im Norden Ende Januar 2020 im Zuge der folgenschweren Verschärfungen geschlossen wurde (und danach ebenfalls angezündet wurde), sind die sich oftmals am Rande ihrer Kräfte befindenden und unterkühlten Ankommenden dazu gezwungen, stunden- und manchmal tagelang in der Kälte zu warten, bis ein Polizeibus sie nach Moria bringt.

Dort gibt es sogar für die am stärksten gefährdeten und verletzlichsten Personen im offiziellen Bereich keinen Platz mehr, nur noch um das Lager herum in einem mit Müll gefüllten Olivenhain. Seit Anfang März hat die griechische Regierung mit Öffnung der türkischen Grenze zu Griechenland das Asylrecht nun ganz ausgesetzt – voraussichtlich für einen Monat. Rund 500 neu angekommene Geflüchtete wurden auf einem Marineschiff unter abscheulichsten Bedingungen für zwei Wochen festgehalten, bis sie mit diesem nach Malakassa – in ein abgelegenes, geschlossenes Lager nördlich von Athen – gebracht wurden.

Schon ohne Corona ist aufgrund der aus Abschreckungskalkül geschaffenen desaströsen Bedingungen der Gesundheitszustand der meisten geflüchteten Menschen in Moria nicht gut. Viele Kinder haben Husten und die medizinische Versorgung im Camp sowie auf der ganzen Insel ist schon lange mangelhaft bis nicht vorhanden. In der gegenwärtigen Situation steuern die EU und die Regierungen sehenden Auges auf eine Katastrophe zu, wenn sie sich jetzt nicht um die Menschen kümmern, die an den Außengrenzen festsitzen.

Wir fordern ein Ende der menschenunwürdigen Zustände und von der Bundesregierung die sofortige Evakuierung von Kindern und Jugendlichen von den griechischen Inseln. Zudem richtet sich der Appell an die Landesregierung, ein Landesaufnahmeprogramm zu initiieren und weiterhin geht es uns konkret um eine Umsetzung der angekündigten Aufnahme von minderjährigen Geflüchteten in Potsdam sowie das Vorhaben von OB **Mike Schubert**, die Bundesratsinitiative zur Aufnahme minderjähriger Flüchtlinge voranzutreiben.

Gesellschaft

Kritischer Journalismus in der Krise

VON STEN

Wer, wie der Verfasser dieser Zeilen, mehr oder weniger täglich einen Blick in die Presse wirft, der weiß, dass der realexistierende Journalismus wenig mit einem von Skepsis und Hartnäckigkeit getragenen Kampf um Erkenntnis und Wahrheit zu tun hat.

Es ist klar, dass gerade der Lokaljournalismus nicht jeden Tag mit neuen Enthüllungen und Skandalen aufwarten kann – auch wenn die Schiebungen bei der Vorstandswahl in der einen oder anderen Kleingartenkolonie dieser Stadt durchaus als aussagefähiges Sittenbild dieser Gesellschaft dienen könnten.

Und so scheinen die *Potsdamer Neuesten Nachrichten* (PNN) auf den ersten Blick nur das Bild von der unkritischen, den Mächtigen gegenüber gefälligen Berichterstattung zu bestätigen, wenn sie im Rahmen ihres „Krisentagebuches“ zur Corona-Pandemie am 27. März auch einen älteren Herrn interviewen, der davon berichtet, wie er in seinem Häuschen in Nedlitz die Zeit des *Social Distancing* übersteht. **Jann Jakobs**, so der Name des Interviewten, telefoniert und skypt mit Familie, Freund*innen und Bekannten, pflegt den Garten, räumt den Schreibtisch auf und liest endlich mal mal ein dickes Buch, zu dem er bisher nicht gekommen ist.

Was nach Sommerfrische klingt, ist es natürlich nicht, die Zeiten sind schließlich hart, und so leidet er darunter, dass er nicht zum Friseur kann und ärgert sich sowohl über Verharmloser, Ignoranten und Verschwörungstheoretiker als auch über Panikmacher. Soweit so gut, denkt man, so kann man die Zeit auch rumbringen.

Wäre da nicht der Umstand, dass es sich bei **Jann Jakobs** um Potsdams ehemaligen Oberbürgermeister handelt, der von 2002 bis 2018 maßgeblich die Geschicke dieser Stadt mitzuverantworten hatte. Und im Wissen darum keimt beim Lesen des Interviews Ärger auf. Wäre es nicht mehr als angebracht gewesen, ihn zu fragen, ob er, in der Frühlingssonne im Garten sitzend, auch manchmal daran denkt, dass während seiner Zeit als Oberbürgermeister das kommunale *Ernst von Bergmann-Klinikum* aus der tariflichen Bezahlung für das nichtärztliche Personal ausgestiegen ist? Wäre es nicht interessant gewesen zu erfahren, wie er heute darüber denkt, dass gerade Pfleger*innen, Reinigungspersonal und andere zu miesen Löhnen, von denen sie sich wohl nie ein Häuschen in Nedlitz werden leisten können, ihre Gesundheit und buchstäblich ihr Leben riskieren?

Hätte man als Journalist*in nicht nachhaken können, sollen, müssen, wie er den Zusammenhang zwischen dem Mangel an basaler Schutzkleidung und der ungenügenden Vorbereitung des größten Potsdamer Krankenhauses auf den aktuellen Notstand einerseits und andererseits der Politik der Aufsplittung, des Outsourcings, der Profitorientierung und Expansion, die die von ihm als Oberbürgermeister eingesetzte Klinikumsleitung verfolgte und die von **Jakobs** und seiner Partei (der SPD) politisch mitgetragen wurde, heute bewertet? – Doch: Nichts. Man schüttelt den Kopf und ärgert sich.

Vielleicht aber hat man den PNN und ihren Journalist*innen unrecht getan.

Denn schon am 28. März, einen Tag nach dem Interview mit **Jakobs**, begleiten die PNN die Potsdamer Polizei auf „Corona-Streife". Und das Auge des Gesetzes schaut scharf hin und der Arm des Gesetzes langt hart zu. Da droht dann einem Ping-Pong spielenden Pärchen eine *„erhebliche Geldstrafe“*. Da werden von zwei zusammenwohnenden Studierenden die Personalien aufgenommen, weil sie auf einer Parkbank ein Brot verzehren. Da wird die Zusammenkunft von sieben Alkohol trinkenden Personen vor dem Havel-Nuthe-Center beendet. Da wird gegen „sechs Personen, [die] unter der Langen Brücke ... gemeinsam Alkohol tranken“ eingeschritten und es wird eine „Party“ von *„fünf Personen und zwei Kinder[n]“* in einer Wohnung in Drewitz aufgelöst.

Beim genauen Lesen des Textes drängt sich eine Hoffnung auf. Denn vielleicht, vielleicht ist es ja gar nicht so, dass kritischer Journalismus keinen Platz in den PNN hat. Vielleicht hat man sich in deren Redaktion einfach nur an die alte Kunst des Zwischen-den-Zeilen-Schreibens bzw. -Lesens erinnert. Es liegt ja auch nahe, in einer Zeit, in der ein ineffizientes (und dennoch von dogmatischen Ideolog*innen erbittert verteidigtes) Wirtschaftssystem daran scheitert, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen mit banalsten Gütern des täglichen Bedarfes zu versorgen, in der diese Mangelwirtschaft durch das Improvisationstalent der Bevölkerung ausgeglichen werden muss und in der eine von der Lebenswirklichkeit der meisten Menschen entfremdete Politiker- und Funktionärskaste die Augen vor den Problemen verschließt und mit Parolen um sich wirft *(„Wir haben alles im Griff“, „Die Gesundheitsversorgung in Brandenburg ist nicht gefährdet“)*, die sich sofort an der Realität blamieren.

Wer im Zwischen-den-Zeilen-Lesen geübt ist, erkennt bei der aufeinanderfolgenden Lektüre beider PNN-Artikel sofort, welch beißende Kritik hier versteckt ist. Da genießt einer der politisch Verantwortlichen für das aktuelle Desaster des Potsdamer Gesundheitssystems seine Tage im Haus im Grünen – mit Garten, Platz und sinnvoller Beschäftigung. Währenddessen geht die Polizei mit aller Strenge gegen Menschen vor, die auf den Aufenthalt im öffentlichen Raum angewiesen sind, wenn sie mal Sonne und Grün genießen wollen: Menschen, die häufig in zu kleinen, zu teuren, zu vollen Wohnungen leben müssen, Menschen die sich nicht ins gediegene *Social Distancing* in Sicherheit bringen können, sondern die in Putzkolonnen, Supermärkten etc. täglich weiter schuften müssen. Auf subtile Art und Weise wird hier die legendäre Bemerkung variiert, mit der der französische Schriftsteller **Anatole France** einst die sich unter der Oberfläche der bürgerlichen Rechtsordnung verbergende rasende Ungerechtigkeit karikierte: *„Das Gesetz in seiner majestätischen Gleichheit verbietet es Reichen wie Armen, unter Brücken zu schlafen, auf Straßen zu betteln und Brot zu stehlen.“*

Ach, wäre das doch nur von den verantwortlichen Journalist*innen beabsichtigt gewesen, man könnte tatsächlich glauben, dass sich Dinge zu verändern beginnen.

Gesellschaft

Tulpen, Biere und Alibidöner

Über Austrocknung, Nachbarschaften und Privatgärten

VON ANNEGRET PANNIER

Für diesen Artikel wäre ein Foto des geschlossenen Asiaimbisses am Keplerplatz schön gewesen. Doch es standen vier alte hustende Männer mit Bierflaschen vor dem mit Graffiti übersäten Pavillon. Diese möchten das Recht am eigenen Bild wahren, wenn sie schon nicht im Imbiss stehen können. Der Imbiss könnte Bratnudeln *to go* verkaufen. Aber er tat es schon lange nicht mehr. Er hatte nur eine Funktion als Nachbarschaftstreff.

Schön muss das sein, ein Haus mit eigenem Garten. Es ist dort viel Platz, um gekaufte Gegenstände anzuhäufen, die man ein oder zwei Mal im Jahr benutzt. Das denken sich auch die Nachbarn gegenüber, wenn sie ihren genossenschaftsgepachteten Minigarten vor dem Plattenbaubalkon mit einem Klapptisch und einem Trampolin für die Enkelchen bestücken. Ich schaue ein wenig neidisch aus dem Küchenfenster und frage mich:

Wer ist dieser Durchschnittspotsdamer und kann er seinen Konsum drosseln?

Was mich immer an Potsdam fasziniert hat, ist die Verschiedenheit der Einwohner*innen auf relativ kleiner Fläche. Das wird weniger, ja, aber es ist noch immer so, dass in .. sagen wir .. Plauen .. nicht gerade **Günter Jauch** persönlich den Kindern des Hilfswerks *Die Arche* kleine aufmunternde Videobotschaften schickt. Die Botschaften werden über *WhatsApp* verteilt. Dass dieser Kommunikationsdienst alle Nutzernummern direkt in den Facebookdatenspeicher einspielt, kümmert die durchschnittliche Arche-Adressatin nicht. Das ist schade, aber verständlich.

An dieser Stelle ist es sogar hilfreich, dass so viele Grundschulkinder eigene Smartphones haben. Ja, die Mikrobestandteile dieser Smartphones wurden auf anderen Kontinenten von Kindern unter miserablen Bedingungen aus Minen geschürft. Die Welt ist komplex, die hiesigen finanziell Schwachen sind global gesehen reich. Wir können nicht alle Probleme auf einmal lösen und es gibt selten einfache Antworten. In der Enge mancher Mietwohnung ist ein eigenes Smartphone der jetzt für Kinder gangbare Weg, um diskret einer Lehrerin oder einem Kinderclubmitarbeiter mitzuteilen, wenn die heimische Situation eskaliert.

Vor Corona trafen sich die örtlichen Alkoholiker gern vor der Alibidönerbude. Jetzt wird dort tatsächlich Döner *to go* verkauft. Nein, Frauen trafen sich dort überwiegend nicht. Die sonntäglichen Bierbezugsquellen werden mitunter knapp. Gegen 10 im Lottoladen kommen Fragen auf wie *„Hamse Bier?“* (leider nein, dafür aber irritierend flackernde Nikotinreklamen direkt im Verkaufstresen).

Spielplatz: verboten. Alibi-Asiaimbiss: zu. Tische vorm Alibidöner: weggeräumt.

Kneipen: ... Moment, es gibt höchstens 1,5 echte Kneipen im Stern. Sie sind räumlich etwas abseits und jetzt geschlossen. Und so rücken die Alkoholiker ins Zentrum, welches kluge sozialistische Stadtplaner*innen mit Bibliothek und verschiedenen Einkaufsgelegenheiten versehen haben. Jetzt wird nicht mehr dezent am Imbiss gestanden, jetzt sitzt man im Familienverbund direkt zwischen den Passant*innen und Marktwagen. Der Familienverbund wird großzügig ausgelegt, auch ohne Garten oder Hinterhof.

In den Rabatten vor den Hauseingängen vertrocknen die Tulpen. Das Regionalfernsehen zeigt alarmierte Waldbrandüberwachungsposten. Dürre von März bis September? Das globale Problem Klimakrise bleibt auch nächstes Jahr.

Wir gehen durch das nahezu leere Sterncenter, zu einem Zeitpunkt, an dem nur systemrelevante Läden öffnen dürfen. Die meisten Läden haben geschlossen. Wer braucht pompöse Armbanduhren, Lederkoffer oder das sechzigste Frühlingskleid? – Die Anwohner*innen müssen nun lernen, wie es sich ohne Nagelstudio, regelmäßige Friseursalonbesuche oder den Kauf von hippen Muskelaufbaupräparaten aus den USA lebt.

Es wäre zu wünschen, dass einige konsum- und verschmutzungsreduzierende Effekte der Coronakrise bleiben. Es wäre hilfreich, wenn Selbernähen, die Freuden des Radfahrens oder wozu ein *Repaircafé* gut ist, auch 2021 noch einigen Potsdamer*innen ein Begriff wären. Ein Anfang sind die Angebote des Begegnungszentrums *oskar* in Drewitz. Dort kann unter anderem ein Lastenrad entliehen und mehr über essbare Stadtpflanzen erfahren werden. Für die meisten weltverbessernden Projekte gilt aber nach wie vor: „Da musst du Richtung Innenstadt fahren!“ – Nur selten kommt die Hochkultur in den Süden der Stadt. Die Stadtteilschule in Drewitz ist diesbezüglich ein Leuchtturm. Die *Stadtteiloper* in Zusammenarbeit mit der *Kammerakademie Potsdam* hätte in diesem Jahr übrigens zum Thema gehabt, wie sich Pflanzen und Tiere mit dem Klimawandel fühlen.

Kleine Impulse vor Ort können manchmal für Individuen Großes bewirken. Aber ob sich global durch die Coronaerfahrungen etwas zum Positiven ändern wird? – Das bleibt vorerst unsicher. Und Unsicherheit ist für niemandens Psyche gut. Egal, ob es um Gesundheit, bezahlte Arbeitsplätze oder Kinderbetreuung geht. Darum ist es Aufgabe der Stadt, die Funktionsfähigkeit von Hilfsangeboten sicherzustellen, ob es um die psychiatrische Abteilung des *Bergmann-Klinikums*, das *Frauenhaus* oder die digitale Ausstattung von Bildungseinrichtungen geht.

Aufgabe aller ist es, aufmerksam gegenüber Mitmenschen zu bleiben. Auf dem Gehweg wie hinter dem nachbarlichen Gartenzaun. Dabei geht es nicht darum, Blockwart zu spielen, sondern darum sich zu fragen: **Warum handelt er oder sie so? Was braucht jener Mitmensch?**

Und wer technikaffin ist, kann zum Beispiel gespendete Laptops für Schüler*innen aufbereiten oder beim Drucken von Visieren helfen. Eine Übersicht findet sich unter **https://forum.wilap.de/c/coronahilfe/** – im Forum des *Wissenschaftsladens Potsdam*.

INFO ZUM WISSENSCHAFTSLADEN

Der *Wissenschaftsladen Potsdam* (Wilap) ist der Träger verschiedener offener Werkstätten und Initiativen. So ist die *machBar* ein Projekt des *Wissenschaftsladen Potsdam e.V.* – Die *machBar* besteht aus Räumlichkeiten im *freiLand*, in denen sich verschiende Initiativen und Projekte treffen:

- ***biopunk.kitchen***
- ***Repaircafé***
- ***Makerspace***
- ***Fablab und***
- ***Chaos Computer Club***

Dort können niedrigschwellig Menschen zusammenkommen, um mit Holz, Metall, Elektronik, Stoff und anderen Materialien Neues zu erschaffen oder Bestehendes zu reparieren. Die Möglichkeiten der *machBar* sind breitgefächert – von der Biologiewerkstatt bis zum gemeinsamen Drohnenfliegen. Im Blog unter **https://machbar-potsdam.de/** kann man die aktuellen Aktivitäten verfolgen.

Aus den Schnittmengen der Projekte macht der *Wissenschaftsladen* Forschungsprojekte mit zivilgesellschaftlichem Schwerpunkt. Der *Wilap* ist ein gemeinnütziger Verein, der vom ehrenamtlichen Engagement lebt und spendenbasiert arbeitet.

Spendenkonto

Wissenschaftsladen Potsdam e.V.
IBAN: DE61 1203 0000 1020 5274 02
BIC : BYLADEM1001
Verwendungszweck: Corona-Hilfe-Brandenburg
Spendenbescheinigung auf Wunsch

Wenn du mitmachen möchtest, kannst du dich unter **forum.wilap.de** oder **info@wissenschaftsladen-potsdam.de** melden.

Umwelt

Was werden wir aus der Corona-Krise lernen?

VON CARSTEN LINKE

Lernen können wir schon mal, dass systemrelevante Berufe – anders als 2009 in der Bankenkrise – nicht Finanzhai, Spekulant*in und Maschinenbauer*in sind, sondern Verkäufer*in, Kindergärtner*in und Krankenpfleger*in. Die Aufzählung ist in beiden Krisenfällen unvollständig. Es gibt allerdings noch zwei Unterschiede:

Erstens: Die Empathie der Bevölkerung ist gegenüber den systemrelevanten Beschäftigten diesmal sehr groß. Zweitens: Diese Berufe zeichnen sich durch schlechte Bezahlung aus. Vom *Balkonklatschen* und Singen kann niemand seine Miete zahlen. Auch ein Unterschied zur Bankenkrise 2009. Die damals als systemrelevant bezeichneten Geldhäuser und ihre Beschäftigten haben sich längst wieder selbst versorgt. Ob sich der Staat um die Sozialbeschäftigten im Nachgang der Krise ernsthaft sorgen wird, bleibt abzuwarten. Eine faire und der Systemrelevanz angemessene Bezahlung wäre folgerichtig.

Lernen können wir auch, dass Politik handlungsfähig ist UND auf wissenschaftlichen Rat hin agieren kann. Sehr drastisch sogar. Eine derartige Reduzierung des Flugverkehrs hätte sich keine Umweltschützer*in getraut zu fordern. Seit fast 50 Jahren – verstärkt seit Kyoto 1997 – mahnen Wissenschaftler*innen, dass der Klimawandel eine Bedrohung für die Menschheit, nicht nur für ihre Gesundheit, darstellt. Passiert ist wenig.

Eine Ärztin, die Corona-Patient*innen behandelte, wurde kürzlich gefragt: *„Hättest du jemals gedacht, dass mal alle auf Virologen hören? Dass das mal die Stars unserer Zeit werden?“* Sie antwortete: *„Ja. Ich erinnere mich noch an eine meiner ersten Veranstaltungen im Studium. Der Dozent fragte uns nach den großen medizinischen Herausforderungen der nächsten Jahre. Es dauerte nicht lange und wir sprachen über Infektionskrankheiten. Sechs Jahre vor Corona, in einem deutschen Universitätskrankenhaus. Alles also eigentlich kein großes Geheimnis.“*[1]

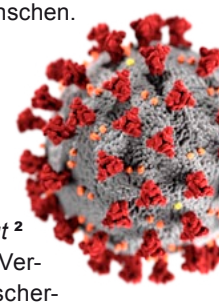
An Wissen mangelt es weder im Gesundheitsbereich noch in der Klimaforschung. Der Mangel herrscht lediglich in der Politik. Da ist Potsdam keine Ausnahme. Im Zusammenhang mit der Corona-Krise mahnte die Nationale Akademie der Wissenschaften in ihrem Ad-hoc-Corona-Bericht vom 13. April 2020 an, *„ … dass, vor allem wegen der mindestens ebenso bedrohlichen Klima- und Biodiversitätskrise, es nach Corona nicht einfach zu einer Wiederherstellung des vorherigen Status kommen sollte. Politische Maßnahmen sollten sich laut Leopoldina auf internationaler und nationaler Ebene an den Prinzipien von ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit, Zukunftsgewinnung und Resilienzgewinnung orientieren.“* Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen, die bereits vor Covid-19 auf einer breiten wissenschaftlichen Evidenz und einem politisch-gesellschaftlichen Konsens beruhten, müssen zukünftig mit mehr Priorität umgesetzt werden. Es geht jeden Tag um die Zukunft, nicht nur freitags.

Wie stehen Corona-Pandemie und Umweltzerstörung im Zusammenhang?

Ganz allgemein gilt, dass unsere Wirtschaftsordnung und Lebensweise dazu führen, dass mehr Ressourcen verbraucht werden als reproduziert werden können. Naturräume werden eingeengt oder zerstört. Damit einher gehen die Vertreibung von traditionell lebenden Menschen und ihren Kulturen, aber auch von Tierarten, und die Zerstörung von aufeinander abgestimmten, biologischen Prozessen und Gleichgewichten.

Unter Verweis unter anderem auf Ebola in West-Zentralafrika und das Nipah-Virus in Ostasien erklärte die amtierende Generalsekretärin für die Biodiversitätskonvention der *Vereinten Nationen*, **Elizabeth Maruma Mrema**, es gebe klare Zusammenhänge zwischen der Zerstörung natürlicher Lebensräume und neuen Krankheiten beim Menschen. Mit der weltweiten Ausbreitung des Coronavirus ist die Frage immer stärker in den Mittelpunkt gerückt, wie die Zerstörung der Natur durch den Menschen die Voraussetzungen für die Ausbreitung neuer Zoonosen schafft – also vom Tier zum Menschen und vom Menschen zum Tier übertragbarer Krankheiten. Zumindest außerhalb von hiesigen Tageszeitungen und regionalen TV-Sendern.

Das Bild des Coronavirus ist allgegenwärtig. Es zeigt uns seine Herkunft: Winzige Eiweißmoleküle ragen wie Ärmchen aus seiner Hülle – Sie ähneln verblüffend jenen Viren, die bei Malaiischen Schuppentieren vorkommen. Verräterisch ist auch sein Erbgut. Laut Studien stimmt es zu etwa 96 Prozent mit dem von Erregern überein, die in einer in Südostasien heimischen Fledermausart (den Java-Hufeisennasen) gefunden wurden. Eine Odyssee von Tierart zu Tierart hat das neuartige Coronavirus hinter sich. Wie lange die Virenreise gedauert hat ist nicht bekannt, vermutlich mehrere Jahre. Am Ende gelang SARS-CoV-2 der Sprung auf den Menschen.



Ist das neu?

Nein, das ist kein Einzelfall. Auch die Verbreitung von HIV hat sich seit Anfang der 1980er Jahre zu einer Pandemie entwickelt, die nach Schätzungen des Gemeinsamen Programms der *Vereinten Nationen* für HIV/Aids (UNAIDS) bisher etwa 39 Millionen Leben gefordert hat. Ende 2014 waren laut *Robert-Koch-Institut*[2] geschätzt 36,9 Millionen Menschen weltweit mit HIV infiziert, bei gleichmäßiger Verteilung auf beide Geschlechter. Vor 15 Jahren gelang einem internationalen Forscherteam erstmals der Nachweis, dass der Ursprung von HIV beim Affen liegt.

Das Forscherteam nahm dazu in der Wildnis des zentralafrikanischen Kamerun 446 Kotproben freilebender Schimpansen. Ursprüngliche Quelle des HI-Virus sind die Schimpansen jedoch nicht. Sie sollen sich im westlichen Zentralafrika mit SIV[3] oder einem Vorläufer dieses Virus

1 https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/ein-mundschutz-sei-sinnlos-hiess-es-immer

2 Epidemiologisches Bulletin 2019, Ausgabe 46 vom 14. November 2019

3 Simianes Immundefizienz-Virus

bei anderen Affenarten infiziert haben. Damit hat das Virus bereits mindestens zweimal die Artengrenze übersprungen, nämlich vom Affen zum Menschenaffen und anschließend zum Menschen.

Noch zu Beginn des Jahres 2020 wurde täglich von der afrikanischen Schweinepest berichtet, die die deutschen Tierhalter*innen bedroht. Grenzzäune wurden an der Oder errichtet. Die *Aujeszkysche Krankheit* (AK), wie die afrikanische Schweinepest auch heißt, ist eine weltweit verbreitete, virusbedingte und hochansteckende Allgemeinerkrankung vieler Säugetierarten. Das Schwein ist der Hauptwirt. Nur Primaten und Pferdeartige gelten als resistent. Der Mensch ist bisher nicht betroffen. Im Vergleich zu anderen Herpesviren weist der Erreger eine hohe Überlebensfähigkeit in der Umwelt auf. So wird die Infektiosität durch die Fleischreifung nicht zerstört und in gepökeltem Fleisch bleibt das Virus bis zu 20 Tage infektiös. Auch in Urin, Mist und Boden überlebt der Erreger für einige Zeit. Der Erreger kann durch Kontakt mit infizierten Schweinen oder mit kontaminierten Gegenständen sowie durch Lebensmittel in Schweinebestände gelangen. Infizierte Wildschweine sowie Teile dieser Tiere stellen ebenfalls eine Infektionsgefahr dar. Bei Hunden und Katzen verläuft die Infektion mit dem AK-Virus immer tödlich. Daher sollte der Kontakt zu Wildschweinen und die Verfütterung von rohem Fleisch oder rohen Innereien von (Wild-)Schweinen vermieden werden, ist bei *Wikipedia* und bei Verbraucherschützer*innen nachzulesen.

Interessant sind die Krankheitssymptome bei den Schweinen. Sie unterscheiden sich je nach Altersgruppe, kommen uns aber aktuell bekannt vor. Nur die Alterspyramide der Hauptrisikogruppen steht auf dem Kopf. Junge Saugferkel: allgemeine Krankheitserscheinungen mit Fieber, Zittern, Lähmungserscheinungen und hoher Sterblichkeit. Ferkel: allgemeine Krankheitserscheinungen mit Fieber und Atemwegsproblemen.

Ist der Sprung vom Schwein zum Menschen nur eine Frage der Zeit? Wäre nicht ein Ausstieg aus der Massentierhaltung zumindest eine Maßnahme zur Gefahrenminderung? Gesundheitsschutz geht doch über alles, oder? Ein Beitrag zum Klimaschutz wäre es ohnehin.
Nicht zu verwechseln ist die afrikanische Schweinepest mit der Schweinegrippe, die uns eher als *Spanische Grippe* bekannt ist und sehr wohl für den Menschen tödlich ist. Dieses Influenza-A-Virus H1N1 (A/H1N1) kommt u.a. bei Enten, Menschen und Schweinen vor. Aber auch zahlreiche andere Säugetierarten sowie Truthähne können sich infizieren. Bei Menschen und Schweinen haben sich H1N1-Influenzaviren durch die *Spanische Grippe* von 1918 etabliert. Dieser Subtyp hat unter Menschen einige zehn Millionen Tote verursacht.

Im Frühjahr 2009 breitete sich ein neuartiger Subtyp *A/California/7/2009 (H1N1)* des H1N1-Virus zunächst in Nordamerika aus und verursachte bald darauf eine Pandemie. Einer 2016 publizierten Studie zufolge entstand die pandemische Variante des Virus (pdmH1N1) in Schweinen in Mexiko. Dies berichtete *eLife* (Online-Veröffentlichung vom 28. Juni 2016).
Am 20.01.2020 berichtete die Tagesschau, dass die Vogelgrippe zurück in Deutschland sei. Nachdem das Virus H5N8 zuletzt in Osteuropa nachgewiesen wurde, bestätigte sich im Januar ein Verdacht im Landkreis Spree-Neiße. Betroffen war ein Wildvogel, eine Blässgans. Die Vogelgrippe ist eine hochansteckende Viruserkrankung, die vor allem Hühner, Puten und Enten, nicht aber Menschen befällt – so die aktuelle Kenntnislage. In Osteuropa breitete sich das Virus seit Jahresbeginn sehr schnell aus.

Zum Jahresbeginn war das Virus in einem Kleinzuchtbetrieb in Tschechien aufgetreten. Alle Tiere auf dem Hof etwa 150 Kilometer östlich von Prag wurden getötet. Tausende Tiere waren auch in einem Betrieb in Rumänien gekeult worden. Wenige Tage zuvor hatten die Behörden mehr als 50.000 Puten auf einer Farm in Ungarn töten lassen. Zu Jahresbeginn wurden 65.000 Hühner in Westpolen geschlachtet, nachdem das Virus H5N8 nachgewiesen wurde. Von der Krankheit befallen waren auch Betriebe in Ostpolen und Belarus. Bereits drei Jahre zuvor, im Winterhalbjahr 2016/17 hatte das *Friedrich-Loeffler-Institut* die bislang schwerste Vogelgrippe-Epidemie in Europa registriert. Damals wurden in Deutschland hunderttausende Tiere getötet, um die weitere Verbreitung des Virus einzudämmen. H5N8 war mit Zugvögeln aus Asien nach Europa gekommen.

H5N8 ist nicht H7N9. Dieses Vogelgrippevirus A/H7N9 ist für den Menschen gefährlich. Am 3. April 2013 wurden drei Todesfälle in Asien bestätigt, darunter ein Mann, der bereits am 4. März verstorben war. In Shanghai wurden Tauben gefunden, die das Virus in sich trugen und kurz darauf auch Hühner. Vorbeugend wurden dort umgehend 98.000 Hühner, Enten, Gänse und Tauben getötet. Am 6. April 2013 waren nach offiziellen Angaben 18 Menschen in Ost-China infiziert, sechs davon waren an den Folgen der Infektion verstorben. Bis Ende Mai 2013 erhöhte sich die Zahl der Infizierten auf 132 Personen, von denen 37 verstorben waren.

Die Grenzen zwischen Gefährlichkeit und Betroffenheit verschieben sich permanent. Es erscheint immer nur eine Frage der Zeit, wann sich Viren so weiterentwickeln, dass sie auch uns Menschen direkt befallen. Die Frage, ob sie es tun, muss nicht mehr gestellt werden, denn diese Viren bleiben uns erhalten und bilden Mutationen, solange es die Wirtstiere gibt. Egal ob Schwein oder Vogel.

Doch was lernen wir daraus? Was lernt unsere Gesellschaft daraus? Ist Corona nur ein Einzelfall oder ist es ein weiterer Beleg für unser umweltzerstörendes Verhalten? Wie viele Pandemien brauchen wir, um unser Gesundheits- und Katastrophenschutzsystem wieder zu einem Vorsorgesystem zu machen? Wie viele Hitzerekordjahre brauchen wir noch, um unsere Klimaschutzanstrengungen drastisch zu intensivieren? Wie viele Hitzetote (2018 und 2019 waren es in Brandenburg-Berlin jeweils über 700 Menschen) dürfen es denn sein bis die Schwelle zum aktiven, effektiven und nachhaltigen Handeln überschritten wird?

Was nun?

Die Forderung der bereits erwähnten Generalsekretärin für die Biodiversitätskonvention, Frau **Mrema**, nach einem weltweiten Verbot von Wildtiermärkten (wie dem im chinesischen Wuhan, der als Ausgangspunkt für den Ausbruch des Coronavirus gilt) ist sicherlich sinnvoll. Reicht das? **Mrema** wird im *Freitag* zitiert, sie sei optimistisch, dass die Welt die Folgen der Umweltzerstörung nach dem Ausbruch von Covid-19 ernster nehmen werde, wenn die Länder zu den Verhandlungen über das Rahmenwerk für die Biodiversität nach 2020 zurückkehren, das als Pariser Umwelt-Abkommen bezeichnet wird: *„Der Erhalt intakter Ökosysteme und der biologischen Vielfalt wird uns helfen, die Verbreitung einiger dieser Krankheiten zu verringern. Die Art und Weise, wie wir Landwirtschaft betreiben, wie wir die Böden nutzen, wie wir die Ökosysteme an den Küsten schützen und wie wir unsere Wälder behandeln, wird entweder die Zukunft zerstören oder uns helfen, länger zu leben.“*

Laut *Freitag* (**Susanne Götze**)[4] könnte die Krise uns einige Lektionen mitgeben, *„die uns auf das vorbereiten, was wir im 21. Jahrhundert laut Klimaforscherinnen noch erleben werden: permanente Ausnahmezustände durch Dürren, Überflutungen, Flüchtlingsströme und soziale Konflikte. Aber im Gegensatz zu der Bedrohung durch Corona sind das für die meisten Deutschen noch immer nur Worthülsen oder apokalyptische Übertreibungen von Extinction Rebellion. Eben noch haben wir diesen „Spielverderbern“ jugendlichen Endzeitwahn unterstellt. Auch den Fridays for Future wird gern die Übertreibung und ein gewisses Elfenbeinturm-Denken anheimgestellt. Gerade könnte man auf die Idee kommen, dass sie keine Visionäre, sondern die eigentlichen Realistinnen sind. Das Problem beim Klima: Die Erderwärmung ist kein wildes Tier, ein böser Terrorist oder ein fieses Noppen-Virus, das uns alle unmittelbar attackiert. Komplexe klimatologische Prozesse lassen sich nicht annähernd so gut ikonisieren.“*

Und trotzdem werden durch die Folgen der Klimaänderung Millionen von Menschen sterben. Millionen verlieren beispielsweise auf den Inseln des Pazifiks ihre Heimat. Ganze Städte und Infrastrukturen werden der Auflösung des Permafrostes zum Opfer fallen. Mehrere Millionen Menschen wie in der peruanischen Hauptstadt Lima verlieren ihre Wasserversorgung, wenn die Gletscher der Anden abgetaut sind. Weltweit wird es zu Wanderungsbewegungen kommen. Die Flüchtlingskrise wie 2015 wird dagegen harmlos erscheinen. Kriege um Ressourcen werden sich verstärken. Pandemien werden das Szenario ergänzen.

Doch für beide Krisen gilt gleichermaßen: Nur, weil wir die Gefahr nicht sehen können, bedeutet es nicht, dass sie nicht da ist. Nur weil der Klimawandel nicht jeden Tag in persona an unseren Türen klopft, heißt es nicht, dass er nicht da ist. Und nur weil wir schon „immer so gelebt haben“, heißt es nicht, dass sich diese Realität nicht ändern kann und muss.

Wollen wir, dass nach der Krise vor der Krise ist oder wollen wir die Chance, die sich mit Covid-19 bietet, nutzen und unsere Gesellschaft und ihre Wirtschaft ressourcenschonender, klimagerechter und sozialer gestalten? NUR DANN können wir unseren Kindern sagen: „Wir haben etwas aus der Corona-Krise gelernt.“

[4] **https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/den-zweiten-notstand-verhindern**

Umwelt

Was macht Corona mit der Verkehrswende?

Eine Betrachtung

VON JAN KUPPERT

Wenn mensch sich in diesen Tagen, die ja quasi alle gleich sind, durch die Stadt oder das Umland bewegt, ergibt sich ein interessantes neues Bild: Rollerblades, Skateboards, Tretroller und ganz viele Radfahrer*innen prägen das Landschaftsbild. Klar, es gab sie vorher auch schon. Aber dass ganze Menschenmassen schmale Rad-/Fußwege so umfangreich nutzen ist doch neu. Allerdings erblickt man auch massenweise an Waldrändern geparkte Autos. Das passiert sonst in der Pilzsaison, aber nicht im Frühjahr. Und man wird mit ohrenbetäubendem Lärm von Motorradfahrer*innen belästigt als ob man sich in Italien oder in den Alpen befinden würde. Zum Glück kann ich hier in Brandenburg teilweise auch ganz gut auf Wegen Rad fahren, wo die Nervtöter nicht hinkommen und so doch etwas Ruhe getankt werden kann.

Doch die Ruhe kann nur vor dem Sturm sein. Aus dem Blick gerät derzeit vor allem die Klimaproblematik. Hinter uns liegt ein Winter, in dem es in Potsdam gerade mal einen einzigen Eistag gab – einen Tag, an dem die Temperatur nie 0°C überstieg. Auf dem Balkon war es so problemlos möglich, Geranien, einen Kaktus und vieles mehr zu überwintern. Die Osterglocken haben schon im Februar begonnen zu blühen. Warum das alles passiert, haben uns die Wissenschaftler*innen in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer wieder gebetsmühlenartig erklärt. Besonders im letzten Jahr ist der Klimawandel präsenter geworden. Teilweise haben Politiker*innen Maßnahmen ergriffen; größtenteils wird aber Politik immer noch von Konzernen bestimmt, denen Klima- und Umweltschutz weniger wert ist als eine hohe Rendite.

Besonders gut funktioniert das im Verkehrssektor. Lässt sich doch mit immer größeren Autos, Kreuzfahrtschiffsreisen und Flugverkehr besonders gut Geld verdienen, wenn man es nur ausreichend gut auf Kosten zukünftiger Generationen subventioniert. Massentourismus ist zu einem globalen Problem geworden, das seinesgleichen sucht. Ob die aktuelle Pandemie ausreichend zum Anlass genommen wird, grundlegende Veränderungen anzustoßen, lässt sich nicht zweifelsfrei sagen. Da Deutschland wahrscheinlich aufgrund seines sehr guten Gesundheitssystems gut davonkommen dürfte, wird danach noch genug Geld vorhanden sein, um klimaschädlichen Konzernen gut unter die Arme greifen zu können.

Umso wichtiger ist es, dass auf kommunaler Ebene der begonnene Weg zur nachhaltigen Fortbewegung weiter beschritten wird. Leider sind die ersten Anzeichen nicht so günstig. Kurzerhand wurden Stadtplätze zu Parkplätzen für Krankenhausmitarbeiter*innen umfunktioniert. Klar, dass die Mitarbeiter*innen jetzt besser mit Autos als dem ÖPNV fahren sollen, ist nachvollziehbar und richtig. Aber dass heute schon die ganze Stadt als Abstellfläche für

Kfz genutzt wird lässt man dabei außer Acht. Es wäre kein Problem gewesen, Parkplätze am Straßenrand nur für Krankenhausmitarbeiter*innen zu reservieren. Nun haben wir auf dem Luisenplatz den Zustand der DDR zurück. Diese Ideenlosigkeit zeigt, wie fragil die Entwicklung zur nachhaltigen Mobilität ist. Man darf gespannt sein, wie lange dieser Zustand so bleibt, denn die Pandemie ist nicht nach ein paar Wochen oder Monaten zu Ende.

In Berlin gab es in den letzten Wochen einige positive Entwicklungen. Leihfahrräder sind zum Teil kostenlos verfügbar geworden. Dazu wurden einige geschützte Radwege eingerichtet. Damit wurde eine Idee aus Bogota übernommen.Von der Idee bis zur Umsetzung vergingen dabei punktuell nur wenige Tage. In Deutschland war das bis Februar noch undenkbar. Auch wenn die Wege erstmal nicht für die Ewigkeit gemacht sind, zeigen sie trotzdem den Weg in die Zukunft. In Potsdam hält die Verwaltung hingegen solche Maßnahmen für nicht notwendig. Man lobt sich für die eigene Infrastruktur und verpasst die Chance, jetzt positive Fakten in der Verkehrswende zu schaffen.

Genau so sieht es auch bei Bettelampeln aus. Der Fachmann sagt auch Lichtsignalanlagen mit Anforderungstaster. Generell wird es da in der Innenstadt schon Änderungen geben. Im Rahmen des Fußverkehrskonzeptes sollen die Bettelampeln in der Stadt reduziert werden. Dazu bedarf es dann noch einer umfangreichen Prüfung. Das ist auch der Grund, warum die Stadt kurzfristig die Dinger nicht abschaffen will. Die Ausreden sind da zum Teil haarsträubend. Man könne dann auch keine Vorrangschaltung für den ÖPNV mehr anbieten. Wahrscheinlich ist damit die „Vorrangschaltung“ am Nauener Tor gemeint, welche in der Rushhour grundsätzlich außer Kraft gesetzt wird, damit der Kfz-Verkehr gut rollen kann. Das wird auch jetzt nicht geändert, wo gar nicht mehr so viele Autos da sind. Die gute Tradition *„Freie Fahrt für freie Bürger“* bleibt in Potsdam im Bezug auf das Auto unangetastet. Es ist ein verdammt weiter Weg, bis Autos in der Stadtplanung nicht mehr bevorzugt werden.

Das gerade in Potsdam angeschlagene Gesundheitssystem wäre zudem mit einer Geschwindigkeitsreduzierung ein Stück weit zu entlasten. Noch immer oder gerade jetzt liest man von schweren Verkehrsunfällen in der Zeitung. Einige fühlen sich ja durch die leeren Straßen zu immer neuen Heldentaten auf ihrem motorisierten Gefährt berufen. Es gibt immer noch zu viele meist männliche Menschen, welche die Stadt mit einer Rennstrecke verwechseln. Hier wäre natürlich auch die Polizei gefragt, präventiv dagegen vorzugehen. Doch statt vermehrt Geschwindigkeitskontrollen hat die Rennleitung ja hier eher damit zu tun, Einkaufsschlangen vor Backwarenfachgeschäften aufzulösen. Es wird aber schon eine spannende Frage, ob der Gesundheitsschutz der Menschen in Zukunft auch im Verkehr so streng angelegt wird, wie das aktuell in der Pandemie gehandhabt wird. Aber vielleicht ist die *„Vision Zero“* [1] nur so eine Floskel vom Bundesbenzinkanister **Andreas Scheuer**.

Spannend wird auch die Zukunft des ÖPNV werden. In den letzten Jahren sind die Nutzerzahlen im ganzen Land in die Höhe geschnellt. Das hat die Verkehrsunternehmen vor große Probleme gestellt, weil der Ausbau neuer Kapazitäten Jahre oder Jahrzehnte dauert, wie man ja am Tramausbau in Potsdam gut erkennen kann. Nun haben sich die Verhältnisse von einem Tag auf nächsten geändert. Streng genommen ist es gar nicht so richtig gewünscht, dass man den ÖPNV nutzt. Die Ansteckungsgefahr auf engstem Raum ist ein großes Problem. Eine Maskenpflicht kommt so nach und nach, die Wirksamkeit ist nicht restlos geklärt.[2] Viele Stadtbewohner*innen sind daher umgestiegen. Entweder nutzen sie das Auto oder das Fahrrad. Besser noch: Sie arbeiten gleich von zu Hause. Die Frage ist nur, lässt sich das irgendwann zurückdrehen? Wird das Auto für viele nun unverzichtbar? Oder gibt es einen Weg zurück, zum guten alten Massentransportmittel? Oder vielleicht weist das *Homeoffice* ja den richtigen Weg?

An dieser Stelle soll klar gesagt werden: Wer wirklich gesund sich durch die Stadt bewegen will, der macht es mit seinen Füßen oder dem Fahrrad. Es sind die klimafreundlichsten Fortbewegungsmethoden und eben auch die, die einen selbst fit halten und mensch bekommt etwas Abstand zu den Mitmenschen. Man kann sich im Alltag der Ansteckung nicht vollständig entziehen, aber mit dem Rad gibt es die Chance, das Risiko deutlich zu reduzieren. Das wird auch von führenden Virolog*innen empfohlen. Und wer das ganze Jahr radelt, hat auch ein stärkeres Immunsystem.

Überhaupt werden so manche Aktivitäten in nächster Zeit nach draußen verlegt werden müssen. Eine interessante Überlegung ist es ja, ob man Gastronomie in der Stadt zumindest übergangsweise mehr Platz im Freien einräumt. Schaut man sich unsere Innenstadt zum Beispiel an, könnte schon die Aufgabe weniger Parkplätze große Freiräume schaffen. So könnte in dieser schwierigen Zeit die Lebensqualität nachhaltig erhöht werden.

[1] **„Straßen und Verkehrsmittel [sind] so sicher zu gestalten, dass keine Verkehrstoten und Schwerverletzten mehr auftreten“ (https://de.wikipedia.org/wiki/Vision_Zero#Bereich_der_Verkehrssicherheit)**

[2] **Stand 20.4.**

Impressum

Herausgeberinnen dieses Heftes sind die Fraktion und die Wählergruppe DIE aNDERE

Potsdam – Mai 2020

An diesem Heft haben mitgewirkt: **LUTZ BOEDE, JAN KUPPERT, CARSTEN LINKE, ANNEGRET PANNIER, STEN, POTSDAM-KONVOI**

Gestaltung: **MARCUS GROßE** ▸ retrox@gmx.net

DIE aNDERE
c/o JAN WENDT
Dortustraße 1
14467 Potsdam

MAIL DIE.aNDERE.potsdam@web.de
WEB www.DIE-aNDERE.org
@DIEaNDEREPotsdam